Volkswille

ORGAN FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

MITTEILUNGSBLATT DER FREIEN GEWERKSCHAFTEN UND DER ARBEITER-SPORTVEREINE

Bezugspreis: Durch Boten halbmonatlich 1.20 RM., durch die Post monatlich 2.40 RM., Bestellgeld extra, im voraus zahlbar. Erscheint jeden Werktag vormittags. Preis der Einzelnummer 10 Rpf. Bankkonto: Städtische Sparkasse Gelsenkirchen. Postscheckkonto: 5405 Dortmund. Hauptgeschäftsstelle, Verlag und Schriftleitung: Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Fernruf Sammelnummer 25841

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet 8 Rpf., außerhalb 12 Rpf., für 1 mm Raumhöhe bei 27 mm Breite. Reklamen 1 mm Raumhöhe bei 90 mm Breite 50 Rpf. Kleine Anzeigen 5 Rpf. Inseratenannahme bis 19 Uhr. Bei gerichtlichen Klagen, Zwangsvergleichen und Konkursen erlischt jeder Rabattanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Gelsenkirchen

Nr. 277 | Gelsenkirchen, Donnerstag, den 27. November 1930 | 12. Jahrgang

Massenmörderin Erde . . .

Japan bebt – 200 Tote, 1000 Verletzte – 300 Arbeiter in einem Tunnel eingeschlossen

Tokio, 26. November. (Drahtmeldung.) Die etwa 70 Kilometer südwestlich von Tokio gelegene Stadt Mischima auf der Halbinsel Isu ist von einem schweren Erdbeben heimgesucht worden. Die Zahl der Todesopfer wird auf 233 geschätzt, diejenige der Verletzten übersteigt 1000. Ueberall haben Brände die Schäden der Erdstöße noch vermehrt. Die Orte, die am meisten gelitten haben, sind Mischoma, Numasu, Nagako, Ito und Atami. Die Sommerstation Hakonenatschi, die 1923 bereits zerstört worden war, wurde von neuem dem Erdboden gleichgemacht.

Nach den letzten amtlichen Meldungen beläuft sich die Zahl der Todesopfer des Erdbebens im Bezirk Schisuoka auf 187, während die Zeitungen von 219 Toten sprechen. In der Nähe von Mischima, d. h. im Mittelpunkt des Bebens, hat man seit dem 10. November jeden Tag durchschnittlich 300 kleine Erdstöße verspürt. Das Zentraloberservatorium meldet, daß seit dem 7. November 1500 Stöße in der Umgebung des Thermalbades Ito, das in Brand geraten ist, verzeichnet wurden. Man befürchtet, daß auch die Gebiete von Schusinschi, Ohito, Schimoda und Hakoni gelitten haben, doch fehlen Einzelheiten, da die Verbindungen unterbrochen sind. In Atami brach ein Strahl kochenden Wassers aus den Erdrinnen, der beträchtliche Höhe erreichte. Das Schicksal von 300 Arbeitern, die durch einen Erdrutsch in einem Tunnel bei Atami eingeschlossen sind, gibt Anlaß zur Beunruhigung.

Die deutsche Wirtschaft

im Urteil Amerikas

Die sozialdemokratische Kritik Wort für Wort unterstrichen

Berlin, 26. Nov. (Drahtmeldung.) Im Rahmen der Vortragsreihe „Im Kampf gegen die Krise" sprach heute auf der Deutschen Welle der Präsident der amerikanischen Handelskammer in Deutschland, Frederick W. King, über die „Deutsche Wirtschaft im Urteil des Auslandes". Er führte etwa folgendes aus: Was Deutschland in den letzten 12 Jahren geschaffen hat, hat die uneingeschränkte Bewunderung der Amerikaner erregt, die ihre Kapitalien nicht in Fabriken in Deutschland und in Anleihen für Deutschland anlegen würden, wenn sie nicht von Deutschlands Zukunft überzeugt wären. Führende Wirtschaftler Amerikas sind überzeugt, daß sich Amerika im eigenen Interesse der Lösung des Problems der Reparationen und Kriegsschulden und damit der Weltwirtschaftskrise wird hingeben müssen.

Im Hinblick auf Deutschland findet der Amerikaner, daß die Warenpreise für den Innenmarkt häufig über dem Ausfuhrpreis liegen, und daß die Spanne zwischen den Erzeugerpreisen und den Kleinhandelspreisen weit größer ist als in Amerika. Der Weg vom Erzeuger zum Konsumenten ist zu kostspielig. Bezüglich der vermeintlichen Ueberproduktion scheint, daß der deutsche Innenmarkt von der eigenen Wirtschaft vernachlässigt und den Auslandsmärkten als der Quelle allem Reichtums zu großer Wert beigelegt wird. Ausfuhrmöglichkeiten sind für die deutsche Wirtschaft Lebensbedürfnis, aber von einer Sättigung des deutschen Marktes kann wohl nicht die Rede sein. Die Warenpreise müssen gesenkt, der Weg vom Erzeuger zum Konsumenten geebnet werden, und wenn dann die Preise sich mehr dem Weltniveau nähern, so wird auch die Kaufkraft da sein, um das Geschäft und die Produktion lohnend zu gestalten.

Mit Rücksicht auf die zunehmende Anhäufung von Kapital und Gold in den Vereinigten Staaten, die dafür keine entsprechende Verwendung haben, ist es notwendig, überschüssiges Kapital im Auslande anzulegen. Es liegt auf der Hand, daß Deutschland, dessen Anlagesicherheit in Amerika mit 100 Prozent angesehen wird, ein Betätigungsgebiet ersten Ranges darstellt. Amerika hat, so schloß der Redner, den Krieg schon längst vergessen und bemüht sich aufrichtig, den Erfordernissen der deutschen Wirtschaft innerhalb seiner Fähigkeiten hilfreich zur Seite zu stehen.

Die Schönheit des Unheils

Ein eindrucksvolles Bild von der überschwemmten Kolumbus-Kaje in Bremerhaven Im Hintergund der Ozeanriese „Bremen"

Wie die Preise steigen!

Ein Bild ohne Worte



Der Reichsetat

Von Wilhelm Keil

Der Reichsetat für 1931, der vor wenigen Tagen im Reichsrat verabschiedet wurde und nun dem Reichstag zugeht, weist dieselben Entwicklungstendenzen auf wie die Etats der letzten Jahre. Die wichtigste Tendenz, nämlich die rapide Senkung der Ausgaben für soziale Zwecke, tritt erst in den Etats für 1930 und 1931 zu Tage, d. h. also seit der Ausschaltung des Einflusses der Sozialdemokratie; andere Tendenzen lassen sich seit einer Reihe von Jahren beobachten. Einen klaren Einblick in die Entwicklungslinien gewährt der Schlußvortrag, den der Generalberichterstatter des Reichsrats, Ministerialdirektor Dr. Brecht bei der Verabschiedung des Etats im Reichsrat gehalten hat.

Der Etat balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 10 303 Millionen Mark. Das sind 1314 Millionen weniger als die Abschlußsumme, die sich im Jahr 1930 nach dem von der Reichsregierung im August noch vorgenommenen Abstrich von 100 Millionen ergibt.

Von den Ausgaben entfallen auf die Kriegsentschädigung nach dem Youngplan 1794 Millionen, auf die Versorgung der Kriegsteilnehmer 1554 Millionen, auf die inneren Kriegslasten 293 Millionen, zusammen auf die Liquidation des Krieges 3641 Millionen.

Die Kriegsentschädigung hat sich gegenüber dem Dawesplan um 706 Millionen vermindert, sie beträgt gegenüber dem Jahr 1930 weniger 24 Millionen. Für die Versorgung der Kriegsteilnehmer sind 104 Millionen weniger vorgesehen als 1930. Nur zum Teil entfällt die Senkung auf die Verminderung der Zahl der Kriegswaisen und der pensionierten Offiziere, zum anderen Teil wird sie zu erzwingen versucht durch weitere Kürzung der Kapitalabfindungen.

Die zweite große Gruppe der Ausgaben entfällt auf den Schuldendienst mit 908 (weniger 94) und auf die Finanzverwaltung mit 476 (weniger 35) Millionen. Hier sind schon

bedenklich einige finanztechnische Maßnahmen, mit denen die Schuldentilgung zu Lasten der Zukunft um 76,5 Millionen gekürzt wird. Die Folge ist ein umso stärkeres Steigen der Zinsenlast. Der Wenigeraufwand der Finanzverwaltung ist zwar überwiegend auf die Gehaltskürzung zurückzuführen, wozu aber noch eine mehr als 50prozentige Verminderung der Ausgaben für Bauzwecke kommt, die sicher nicht zur Belebung der Wirtschaft beitragen wird. Aber es darf doch nicht übersehen werden, daß die Ausgaben der Finanzverwaltung seit 1928 eine sinkende Tendenz aufweisen; die Nettoausgaben sind um 54 Millionen geringer als vor drei Jahren.

Nach Abzug dieser zwei großen Ausgabegruppen bleiben für Reich und Länder noch verfügbar 5278 Millionen; 943 weniger als im Vorjahr. Davon bekommen die Länder und Gemeinden 3172 Millionen, 406 weniger als im Vorjahr, so daß für Reichszwecke noch verbleiben 2105 Millionen, 537 weniger als im Vorjahr. Von besonderem Interesse ist nun, wie diese dem Reich verbleibende Summe verwendet wird. Es sollen davon ausgegeben werden für

	1931	Weniger gegenüber 1930
1. Wehrmacht (einschl. Versorgung)	735,1	17,5
2. Soziale Zwecke (einschl. Siedlung)	971,7	461,6
3. Wirtschaft und Verkehr	236,4	38,5
4. Auswärtiges	43,0	3,4
5. Kulturelle Zwecke	30,3	5,1
6. Gesundheitswesen	6,3	0,1
7. Polizeiliche Zwecke	2,7	1,7
8. Alles übrige (Reichspräsident, Reichstag, Ministerien, Zivilpensionen, Postablösung, Beamtenfürsorge, Statist. Amt)	79,8	9,5

An dieser Zusammenstellung fällt sofort der verhältnismäßig sehr geringe Rückgang der Ausgaben für die Wehrmacht auf. Der von Hilferding aufgestellte Wehretat für 1929 senkte die Ausgaben ohne Versorgung um 52 Millionen auf 660 Millionen. Der Moldenhauersche Etat für 1930 forderte eine Ausgabe von 700 Millionen, die dann auf 680 Millionen gekürzt wurde. Diese Summe soll sich jetzt vermindern auf 657,5, also um 22,5 Millionen, wovon aber 15,9 Millionen auf die Gehaltskürzung und 9,9 Millionen auf erhöhte Einnahmen (Verwertung alter Kriegsschiffe) entfallen, so daß sich schließlich noch ein Mehr von 3,3 Millionen gegenüber dem Vorjahr ergibt. Trotzdem hat der preußische Antrag, mit Rücksicht auf die Senkung der Preise und die allgemeine Notlage einen Pauschalabstrich von 10 Millionen vorzunehmen, im Reichsrat keine Mehrheit gefunden. Die Reichsregierung erklärte, die Senkung der Preise für Rohstoffe wie Kohle, Eisen, Benzin, Gummi sei bereits in den Abschlägen für 1930 vorweggenommen.

Ganz anders das Bild bei der Arbeitslosenversicherung. Hier waren für 1930 für Zuschüsse und Darlehen 374 Millionen eingesetzt, die sich aber noch um mindestens 200 Millionen erhöhen werden. Für 1931 werden keinerlei Beiträge mehr eingesetzt. Es wird angenommen, daß der für das ganze Jahr 1931 zu zahlende Versicherungsbeitrag von 6½ Prozent zur Deckung des gesteigerten Aufwands ausreichen wird. Es würden schätzungsweise zur Verfügung stehen in Millionen Mark:

	1931	1930	
Beiträge	1716	1275	
Zuschüsse und Darlehen des Reiches	—	574	
Reichsanteil der Krisenfürsorge	400	395	davon 100 Millionen überplanmäßig.
	2116	2244	

Ob die Hoffnung der Regierung, mit dem verminderten Beitrag für 1931 auszukommen, in Erfüllung gehen wird, ist höchst zweifelhaft, obgleich sich die Zahl der zu Unterstützenden immer mehr von der Versicherung nach der Krisenfürsorge und noch mehr von dieser nach der Wohlfahrtsfürsorge, d. h. auf die Gemeinden verschiebt. Der Reichsrat hat daher seine Zustimmung an die Voraussetzung geknüpft, daß die Mittel von 1930 auch 1931 annähernd zur Verfügung stehen und daß die der Verschiebung der Lasten auf die Gemeinden entsprechenden Teile der Gesamtmittel zur Entlastung der Gemeinden verwendet werden. Zu diesem Zweck soll ein Teil der erhöhten Beitragseinnahmen in Form der Rückzahlung der Darlehen aus Reich und von ihm an die Gemeinden geleitet werden. Der Reichsrat wünscht außerdem, daß künftig die Arbeitslosenfürsorge nicht mehr in drei, sondern nur noch in zwei Abschnitte (Versicherung und anschließende Fürsorge) zerlegt wird und verspricht sich davon eine starke Vereinfachung der Verwaltung.

Von fast noch größerer Bedeutung als die Zuverlässigkeit der Ausgabeschätzung ist die der Einnahmeschätzung. Ob zwar nun hier die Reichsregierung die Zölle und Steuern nur mit 8955 oder 961 Millionen weniger als im Vorjahr veranschlagt, wendet Dr. Brecht, wie uns scheint, berechtigterweise ein, daß das noch um einige hundert Millionen zu hoch geschätzt sei. Er hat jedoch keine Korrekturen beantragt, um dem Optimismus der Regierung nicht entgegenzutreten, die damit rechnet, daß sich die Wirtschaftslage im laufenden Jahr nicht mehr verschlechtert und daß sie sich im Rechnungsjahr 1931, wenn auch nur leicht, aber doch fühlbar bessert. Sollte sich diese Hoffnung nicht erfüllen, so bleibt nach Meinung Dr. Brechts nichts anderes übrig, als ein weiterer Rückgriff auf die Vermögensreserven des Reichs, die z. B. bei dem Besitz an Vorzugsaktien ohnedies 1931 von 730 auf 150 Millionen zusammenschmelzen, oder eine Erhöhung der Umsatzsteuer, die aber zu den Preissenkungsbestrebungen schlecht passen würde. Uns will scheinen, als ob bei dieser Gesamtlage zum mindesten die vorgeschlagene Senkung der Industriebelastung um 170 Millionen unterbleiben müßte.

Der Gesamtcharakter des Etats ist am deutlichsten ersichtlich aus einer Uebersicht der Einzelposten, aus denen sich die gesamte Ausgabensenkung in Höhe von 1314 Millionen zusammensetzt. Es entfallen davon auf

Liquidation des Krieges	241,5
Ueberweisung an die Länder	405,8
Schuldendienst	94,4
Finanzverwaltung	35,3
Wehrmacht	17,5
Arbeitslosenfürsorge	265,0
Sonderleistungen aus der Lohnsteuer	119,0
Wohnung und Siedlung	118,9
Wirtschaftliche Zwecke	38,5
Sonstiges	18,7

Diesen Abstrichen steht lediglich ein Mehr von 40,2 Millionen für wertschaffende Arbeitslosenfürsorge gegenüber. Und das in einer Zeit größter sozialer Not!

Preisabbau-Aktion des ADGB.

Bildung von Preiskontrollausschüssen

Zusammenarbeit von Gewerkschaften, Verbrauchern, örtlichen Behörden, Einzelhandelsverbänden und Konsum-Genossenschaften

Schon in den allernächsten Tagen werden, voraussichtlich schon Beginn der nächsten Woche, die von dem Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leipart, in seiner Rede bei der Düsseldorfer Kundgebung der freien Gewerkschaften Rheinland-Westfalens am Buß- und Bettag angekündigten Maßnahmen, durch Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Verbrauchern den Abbau unberechtigt hoher Lebenshaltungskosten zu erzwingen, zur Durchführung gelangen. Bereits in der vergangenen Woche haben gemeinsame Besprechungen zwischen den Spitzen der führenden deutschen Gewerkschaften, und zwar dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Allgemeinen freien Angestelltenbund, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, sowie dem Deutschen Beamtenbund stattgefunden, deren Ergebnis in einem gemeinsamen Appell an die Gewerkschaftsmitglieder, sich tatkräftig für wirksamere Gestaltung der von der Regierung eingeleiteten Aktion zur Senkung der Preise, insbesondere für Lebensmittel und Gegenstände des notwendigsten Massenbedarfs einzusetzen, zusammengefaßt wurde.

Die Verwirklichung der Preisabbauaktion der Gewerkschaften durch Mobilisierung resp. Organisation der Verbraucherschaft soll sich, wie wir erfahren, dergestalt vollziehen, daß die Ortsausschüsse der an den eben erwähnten Aufruf an die Gewerkschaftsmitglieder beteiligten Spitzenverbände sich zunächst über ein einheitliches Vorgehen verständigen.

Zweck dieser Besprechungen soll die Bildung eines ständigen Ausschusses sein, der sich mit der Kommunalbehörde in Verbindung setzen soll, die im Zusammenhang mit der Preisabbauaktion der Reichsregierung nach Auffassung der Gewerkschaften verpflichtet ist, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln auf eine Senkung der Preise hinzuwirken.

Diese Verhandlungen sollen Wege des Zusammenwirkens eröffnen, insbesondere aber ergeben, ob eine Zusammenarbeit mit den Vertretern des Einzelhandels, der Erzeuger und Konsumgenossenschaften möglich ist.

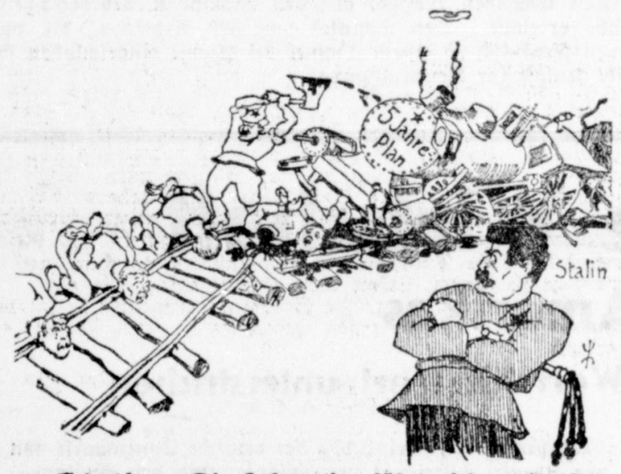
Die wichtigste Aufgabe des Ständigen Ausschusses ist ein täglicher Vergleich der Warenpreise der gleichartigen Geschäfte des Ortes mit den in Warenhäusern und Konsumgenossenschaften für die gleiche Ware geforderten Preisen. Die Vergleichsergebnisse sollen von dem Ständigen-Ausschuß in regelmäßigen Zeitabständen in der örtlichen Presse bekanntgegeben werden. Auf diese Bekanntmachungen werden besonders die Hausfrauen verwiesen, damit sie von der Möglichkeit der preiswertesten Warenbeschaffung bei den nachgewiesenen Bezugsquellen Gebrauch machen können.

Das Vorgehen der Ständigen Ausschüsse soll die einkaufenden Frauen zu einer kritischen Prüfung der geforderten Preise und zur tatkräftigen Mitarbeit an der von allen Gewerkschaftsrichtungen für notwendig gehaltenen Selbsthilfemaßnahmen veranlassen. Die Gewerkschaften sind der Auffassung, daß nur durch solidarisches Vorgehen der Verbraucher ein wirksamer Druck auf die Preise ausgeübt werden kann.

Die Gewerkschaften dürfen deshalb nicht abseits stehen, sondern müßten durch Selbsteinschaltung dafür sorgen, daß die angestrebte Verbilligung der Lebenshaltung auch wirklich erreicht wird. Die oben umschriebenen Maßnahmen sollen die erste Etappe auf dem Wege eines organisatorischen Zusammenschlusses der Verbraucher als Gegengewicht gegen die Produzenten- und Händlerverbände bilden.

Die Krise in Rußland

„Erschießen! Erschießen! Erschießen!"
(„Rote Fahne")



Stalin: „Die Lokomotive fährt nicht weiter? Man öle die Gleise mit Blut!"

Das Finanzprogramm

Die Besprechungen der Sozialdemokratie mit der Reichsregierung

Berlin, 26. November. (Eig. Drahtber.) Der Reichskanzler empfing am Mittwoch die sozialdemokratischen Abgeordneten Breitscheid, Hilferding und Hertz zwecks Fortsetzung der am Montag begonnenen Besprechungen über die Abänderung der Notverordnungen vom 26. Juli und des Finanzprogrammes der Regierung. Die Besprechungen wurden noch nicht abgeschlossen. Sie werden voraussichtlich am Donnerstag fortgesetzt und zu Ende geführt werden. Im Verlaufe der bisher mit der Sozialdemokratie geführten Besprechungen ließ die Regierung den ernsten Willen zur Durchführung ihres Finanzprogramms auf parlamentarischem Wege erkennen.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird sich am Donnerstag mit der politischen Lage befassen.

Ein Rüffel für den Stahlhelm

Berlin, 26. November. (Eig. Drahtber.) Der Reichspräsident hat der Leitung des Stahlhelms in seiner Eigenschaft als Ehrenmitglied des Stahlhelms sein Mißfallen über die Vorgänge beim Besuch einer Abordnung in Rom zum Ausdruck bringen lassen. Die betreffende Abordnung des Stahlhelms besuchte bekanntlich Rom in voller Uniform, legte am Grabe des unbekannten Soldaten einen Kranz nieder und überreichte schließlich Mussolini das Ehrenabzeichen des Stahlhelms, so daß heute außer dem Reichspräsidenten auch einer der Haupthetzer gegen Deutschland Ehrenmitglied des Stahlhelms ist. Inwieweit der Reichspräsident aus der Ehrenmitgliedschaft Mussolinis über seinen Protest hinaus noch Konsequenzen ziehen und ob er dem Stahlhelm den Rücken kehren wird, ist nicht bekannt.

Aus der politischen Gosse

Wie Nazi-Lausbuben den Reichsfinanzminister empfangen

Bremen, 26. November. (Eig. Drahtbericht.) In einer öffentlichen Wahlkundgebung der Staatspartei zu der Bremer Bürgerschaftswahl sprach am Dienstag der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich. Die Versammlung war äußerst stark von Nationalsozialisten besucht. Schon die Worte des Versammlungsleiters gingen in dem minutenlang anhaltenden Tumult unter.

Geradezu skandalöse Vorgänge spielten sich beim Erscheinen des Reichsfinanzministers ab. Sofort setzten die Nazileute mit einem ohrenbetäubenden Pfeifkonzert ein. Hausschlüssel klirrten und wildgewordene Nazilausbuben antworteten auf jedes Wort des Redners mit wüstem Fußgetrampel, sodaß Dr. Dietrich zeitweise nicht weiter sprechen konnte.

Während unten im Saal ein paar Nazikrakeler an die frische Luft befördert wurden, geberdete sich der nationalsozialistische Pöbel auf der Galerie wie wild. Dietrichs Schlußworte gingen in einem kaum zu beschreibenden Pfeifkonzert unter. Mit Stinkbomben verschafften sich die Lausbuben des Dritten Reiches einen würdigen Abgang.

Verrückt geworden

Die Nationalsozialisten fordern einen Grenzschutz für den Osten

Berlin, 26. Nov. (Drahtmeldung.) Im Reichstag ist ein nationalsozialistischer Antrag eingegangen, in dem die Reichsregierung ersucht wird, umgehend die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um aus dem Millionenheer der männlichen Arbeitslosen einen freiwilligen Grenzschutz von mindestens 100 000 Mann zur Abwehr polnischer Uebergriffe längst der heutigen deutsch-polnischen Grenze aufzustellen.

Feige wie immer

„Diskussionsfreiheit" in Naziversammlungen

Dessau, 26. November. (Eig. Drahtbericht.) In Dessau machte die Sozialdemokratie am Dienstag abend den Versuch, den Nationalsozialisten in ihrer Versammlung sachlich in Rede und Antwort entgegenzutreten. Die Nazis hatten als Redner u. a. auch den Fememörder Heines aufgeboten. Noch ehe die Naziversammlung eröffnet wurde, hatten mehrere hundert Reichsbannerleute und sozialdemokratische Arbeiter gegen Entrichtung des Eintrittsgeldes im Versammlungslokal unbehelligt Platz genommen. Als dann der als Diskussionsredner in Aussicht genommene sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Seger an der Kasse erschien, um Einlaß zu begehren, trat ihm der Saalschutz der Nazis entgegen und verweigerte ihm den Eintritt. Alle Hinweise auf die Oeffentlichkeit der Versammlung fruchteten nichts. Die Nazis verkrochen sich hinter ihr Hausrecht und hinter die Polizei, die sie zur Hilfe herbeiriefen. Die in dem Lokal anwesenden Republikaner zogen nach diesem Zwischenfall geschlossen zu einer Kundgebung auf den kleinen Markt, wo Seger dann das Wort ergriff. Als die Veranstaltung zu Ende war, kam es noch zu einem Zusammenstoß. Ein übel beleumdeter Hakenkreuzler griff einen der Reichsbannerleute an und biß ihm eine Fingerkuppe ab. Er erhielt sofort eine gehörige Tracht Prügel und wurde der Polizei übergeben. Die Feigheit der Hakenkreuzler, sich den politischen Gegnern selbst in ihren eigenen Versammlungen nicht zu stellen, hat in Dessau allgemeine Verachtung hervorgerufen.

Nr. 277. 12. Jhrag. Zweites Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Donnerstag, den 27. November 1930.

Falsche Sparmethoden der Stadtverwaltung

Die Stadtverwaltung als Schrittmacher für die Zertrümmerung der Tarifverträge

G. V. Seit dem Jahre 1929 spart die Stadtverwaltung Gelsenkirchen an allen Ecken und Enden. Jedem wird noch in Erinnerung sein,

daß die Stadtverwaltung bis zum Frühjahr 1930 330 Stammarbeiter

entlassen hat. Die Organisation und die Betriebsvertretung glaubten nun, daß damit Schluß sei, das konnten sie um so mehr, da das Stadtoberhaupt in einer Sitzung des Hauptausschusses erklärte, durch die Entlassungen seien die städtischen Betriebe derart eingeschränkt, daß sie weitere Entlassungen von Arbeitern, ohne die Betriebe zu schädigen, nicht mehr ertrügen.

Die Betriebsvertretung war daher ganz erstaunt, als man im

Garten- und Hafenamt

erneut mit Entlassungen kam, die durch Kurzarbeit verhindert wurden. Aber auch

die städtischen Angestellten

sind von dieser Maßnahme nicht verschont geblieben. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit schwebt den Angestellten das Gespenst der Entlassung vor Augen. Kein Angestellter ist heute mehr sicher, ob er nicht schon morgen seine Entlassung zugestellt bekommt. Alle Tagungen und Konferenzen der Angestellten beschäftigen sich mit dem Entlassungsproblem.

Genau wie wir uns bei den Entlassungen von Arbeitern auf den Standpunkt stellten, daß man mit so einer Maßnahme am verkehrten Ende spart, und damit die Wirtschaft doch unmöglich ankurbeln kann, stellen wir uns auch bei Entlassungen von Angestellten auf denselben Standpunkt. Wenn aber jetzt größere Entlassungen von Angestellten vorgenommen werden sollten, dann scheint es uns, als wenn sie nicht wegen Arbeitsmangels, sondern in der Hauptsache wegen

Einführung des Angestelltentarifs

gekündigt werden. Darauf näher einzugehen, wird sich wohl erübrigen; haben doch die Angestellten der Stadt Gelsenkirchen in letzter Zeit, in der örtlichen Presse genügend dazu Stellung genommen. Doch, auf eins soll hier besonders hingewiesen werden:

Angestellte sollen wegen Geldmangels entlassen werden, um vielleicht, wenn das Arbeitsamt sie nach einem halben Jahre zur Wohlfahrtsfürsorge überweist, als sogenannte Hilfsangestellte bei der Fürsorge beschäftigt werden.

So ein Zustand macht sich jetzt schon bemerkbar. Angestellte von anderen Abteilungen werden gekündigt — die Fürsorge stellt aber, zum Teil noch jugendliche Hilfskräfte als Pflichtarbeiter ein, weil sie glaubt, mit Hilfe dieser Leute die Arbeiten billiger durchführen zu können. Genau so wurde es mit den städtischen Stammarbeitern gemacht. Daß aber diese Hilfskräfte nicht immer die billigsten sind, geht aus einem Presseartikel hervor, der sich kürzlich speziell mit dem Pflichtarbeiterproblem beschäftigte. Scheinbar will man auch Angestellte auf das Niveau der Fürsorgearbeiter herunterdrücken; solche Hilfsangestellten können dann auch nicht zum Angestelltenrat wählen, und sind dadurch in ihren Rechten stark beengt. —

Alle Etatsmittel müssen — so betont bei jeder Gelegenheit die Stadtverwaltung — auf das äußerste Maß herabgedrückt werden, weil uns der Fürsorgeetat Lasten aufbürdet, die wir kaum zu tragen in der Lage sind. Er ist zwangsläufig und müssen ihm daher die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Soweit alles richtig! Nur hat alles seine Licht- und Schattenseiten **und so auch der Fürsorgeetat.** Bekanntlich kann die Stadtverwaltung nach § 19 der Fürsorgepflichtverordnung für die Unterstützungssätze von den Unterstützten als Entgelt Arbeit verlangen dergestalt, daß die Arbeiten im Grunde betrachtet als zusätzliche Arbeiten gewertet werden. Dieser § 19 ist nach und nach für die Stadtverwaltung ein Universalparagraph geworden, wenn man bedenkt, daß Abbrucharbeiten an Häusern von der Stadtverwaltung als zusätzliche Arbeiten gewertet werden. So brechen Fürsorgearbeiter mehrere Häuser am Bahnhof Schalke Nord ab. Alle Arbeiten, soweit sie von Fürsorgearbeitern ausgeführt werden, sind nach Ansicht der Stadtverwaltung zusätzliche Arbeiten.

Wo früher 200 Stammarbeiter in einem Betrieb beschäftigt waren, sind heute vielleicht noch 40 bis 45; die Arbeiten werden aber in früherem Maße ausgeführt. Das trifft besonders für das Bauamt zu. Wenn z. B. Fürsorgearbeiter 6 bis 9 Monate hindurch ununterbrochen Bürgersteige in Ordnung bringen, die so in Unordnung sind, daß nahezu die Polizei die Stadtverwaltung darauf aufmerksam machen muß, so ist diese Arbeit nach Ansicht der Stadtverwaltung eine zusätzliche.

Wenn

Gärtner als Fürsorgearbeiter

jede im Gartenbetrieb vorkommende Arbeit ausführen, so sollen auch diese zusätzliche Arbeiten sein. Wenn man sämtliche Wächter, die früher Stammarbeiter waren, entläßt, an deren Stelle aber Fürsorgearbeiter einsetzt, auf die genau die Dienstvorschriften, die die Gartenverwaltung gemeinsam mit dem Betriebsrat ausarbeitete, angewendet werden, dann wissen wir nicht, was zusätzliche oder nicht zusätzliche Arbeit ist. Fürsorgearbeiter mußten in diesem Sommer, weil, wie oben erwähnt, kein Stammarbeiter als Wächter mehr da ist, Sonntagsdienst leisten. Wer da aber glaubt, daß man den Leuten für diesen Dienst, die Sonntagsvergütung zahlte, der irrt sich — die Leute konnten diese Schicht am anderen Tage abfeiern.

Klagen auf Zahlung der Sonntagsvergütung werden wohl von den Fürsorgearbeitern noch beim Arbeitsgericht angestrengt werden.

Die Fürsorge kann aber auch ganz anderes! Für sie besteht wohl überhaupt kein Arbeiterschutz — wahrscheinlich auch keine zu große Erwerbslosigkeit — denn man beschäftigt noch Fürsorgearbeiter

als Wächter bis zu 10 Stunden an einem Tage

und zahlt dafür, damit der arme Teufel zu seinem Gelde kommt, einen Stundenlohn von 50 Pfennig. Es ist direkter Hohn, wenn man heute den rechtlosen Fürsorgearbeiter zu einer solchen Leistung heranzieht. Den in vielen Betrieben als Facharbeiter eingestellten Fürsorgearbeiter scheut man sich nicht, 250 bis 280 RM im Monat zu zahlen. Wir sind durchaus nicht dagegen, wenn man einen Fürsorgearbeiter gut bezahlt; aber dann soll man ihm von dem ordentlichen Etat bezahlen und

keine Verschleierungspolitik

treiben. Der zuständige Abteilungsleiter darf seinen Etat nicht zu hoch halten — auch darf er seinen Etat nicht überschreiten; wenn aber

die Fürsorge an einen Fürsorgearbeiter mehr zahlt, als die Verwaltung an einen Stammarbeiter,

dann kommt es hier anscheinend nicht so sehr darauf an, denn der Fürsorgeetat verschluckt sowieso Millionen, und einige Tausend Mark mehr spielen keine große Rolle.

In den meisten Fällen stehen den Fürsorgearbeitern keine, oder aber unzulängliche und zu kleine Aufenthaltsräume zur Verfügung. Verlangen in solchen Fällen die Leute vernünftige Räume, dann werden sie wegen Arbeitsmangels entlassen, dafür aber morgen der Baustelle frische Leute zugewiesen. Fast jeden Tag kann der feststellen, der viel auf dem Arbeitsamt zu tun hat,

daß Fürsorgearbeiter in allen möglichen Fällen gegen die Stadtverwaltung klagen.

Ein eingearbeiteter Stammarbeiter kann heute kaum noch Kolonnenführer sein, weil man an ihm vom Etat 10 Prozent Zuschlag zahlen müßte. Um mit dem knappen Etat auszukommen — den Betrieb aber halbwegs in Ordnung zu halten — werden Fürsorgearbeiter zu Kolonnenführern gemacht; die Fürsorge zahlt dann an den Kolonnenführer nach ihrem Gutdünken die Kolonnenführerzulage.

Im allgemeinen ist die Lage der Fürsorgearbeiter eine trostlose.

Hier müssen die Stadtverordneten eingreifen, denn auf die Dauer ist der Zustand der Fürsorgearbeiter unerträglich. Nach unserem Dafürhalten hat aber ein Teil der Stadtverordneten die Lage der Fürsorgearbeiter mitverschuldet, denn als es hieß, die notwendigen Mittel für die Weiterbeschäftigung der Stammarbeiter zu bewilligen, haben sich Stadtverordnete gewisser Parteien angelegen sein lassen, die Mittel für die Weiterbeschäftigung abzulehnen. Bei Einführung der Kurzarbeit im Garten- und Hafenamt hofften die Arbeiter, bei den arbeiterfreundlichen Parteien Gehör zu finden, zumal sich der Gesamtbetriebsrat an alle Parteien wandte, um zu versuchen, die fehlenden 15 000 RM zur Weiterbeschäftigung der Stammarbeiter bewilligt zu bekommen. Leider täuschte sich die Betriebsvertretung. Besonders die christlichen Arbeiter bauten fest auf das Zentrum und Deutschnationale. Auch sie wurden schwer enttäuscht, weil Zentrum und Deutschnationale

gegen den Antrag der SPD. stimmten.

Die Parteien müssen sich zur Aufgabe machen, daß für das kommende Etatsjahr für die einzelnen Betriebe die Etatspositionen so aufgestellt werden, daß für die einzelnen Abteilungsleiter die Möglichkeit besteht, Stammarbeiter einzustellen, die dann unter das Betriebsrätegesetz fallen, und nicht so rechtlos dastehen. Das wäre der Vorzug für die Arbeiter, die Verwaltung aber hat den Vorzug, daß sie dann Arbeiter hat, die nicht widerwillig die Arbeit aufnehmen, sondern ein bestimmtes Maß von Interesse und Verantwortung am Betriebe haben. Auch wird so mancher Stammarbeiter und auch mancher Angestellte der Stadtverwaltung nicht zu teuer kommen, denn wie aus dem Artikel hervorgeht, werden an manche Fürsorgearbeiter Löhne gezahlt, die weit höher sind, als die der Stammarbeiter.

Unhaltbarer Unsinn in der Wohlfahrtspflege

Motto: „Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage."

Die Gesetze mit ihren Paragraphen sind dazu da, um das Leben vernunftgemäß zu gestalten. Aber wie schon Goethe obige Worte niederschrieb, so ist es auch noch heute. Es ist dieses auch weiter nicht verwunderlich, denn die bestehenden Gesetze sind die juristische Fundamentierung eines gewesenen Zustandes. Vielleicht ist ein jedes Gesetz vernünftig und notwendig, indem es beschlossen oder erlassen wird. Aber das Leben steht nicht still, es fließt weiter, es ändern sich Umstände und Verhältnisse, die auch nach neuer juristischer Fundamentierung verlangen. Und es kommt so, daß Gesetze und behördliche Anordnungen unvernünftig werden, weil sie mit dem fließenden Leben nicht Schritt halten können.

Ein Gesetz hat die größte Garantie, vernünftig zu werden, wenn verschiedene Interessen ausgleichend am Gesetz mitwirken.

Selten ist ein Gesetz vernünftig, wenn es diktatorisch erlassen wird.

So war es auch mit der Verfügung des Herrn Oberbürgermeisters von Gelsenkirchen, mit der er in die Wohlfahrtspflege eingriff. U. a. ordnete er an, daß Erwerbslose und Krisenfürsorge-Unterstützungsempfänger, die vom Arbeitsamt betreut werden, nur dann zusätzlich vom Fürsorgeamt unterstützt werden, wenn die Differenz zwischen Arbeitslosenunterstützung und den Sätzen der allgemeinen Fürsorge mehr als 10 Mark beträgt. Dieses war furchtbar weise, denn daß dadurch Ersparungen für die Stadt erzielt werden, ist nicht abzustreiten. Aber welcher Zustand ergibt sich daraus. Der brave Staatsbürger, der immer fleißig gearbeitet hat, aber leider keine Arbeitsstelle finden konnte, wo er hohen Lohn verdiente, bekommt im Falle der Erwerbslosigkeit auch eine entsprechend niedrige Unterstützung, die in vielen Fällen so niedrig ist, daß er den Satz der allgemeinen Fürsorge nicht erreicht. Dieser beträgt für ein Ehepaar 62,50 Mark. Davon muß Miete, Kleidung, Nahrung, Licht und Heizung getragen werden. Wird er als Verheirateter mit einem Kind nach Klasse 6 unterstützt, dann beträgt die Differenz 7,05 RM.

Diese Differenz wird ihm vom Fürsorgeamt nicht gezahlt, auch erhält er nicht, wie die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, 10 Zentner Kohlen je Quartal. Er wird also, obwohl er bis vor Jahresfrist im Produktionsprozeß gestanden hat, schlechter behandelt, als derjenige, der schon seit Jahren aus dem Produktionsprozeß heraus und ständig die Fürsorge in Anspruch nehmen mußte. Hinzu kommt noch folgendes Kuriosum: Durch die Notverordnung des Herrn Brüning ist (Oh, welche Wohltat!) die Krisenfürsorge auf fast alle Berufe ausgedehnt worden. Man preist in der Presse diesen Segen für die armen Unterdrückten, die doch jetzt durch die Krisenfürsorge unterstützt werden. Aber in Wirklichkeit besteht der Segen nur für die Gemeinden, deren Auslagen verringert werden. Für einen großen Teil der betr. Armen ist diese Verordnung ein Fluch, weil sie als Krisenfürsorgeunterstützungsempfänger weniger bekommen, als wenn sie ausgesteuert vom Fürsorgeamt unterstützt werden.

Schon vor einem Jahre wurde dieser Unsinn von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion und deren Vertreter im Wohlfahrtsausschuß auf das heftigste bekämpft.

Die Verwaltung sagte auch zu, daß sie diese Fälle loyal regeln würde. Nur hat sie, aus grundsätzlichen Erwägungen keinen Beschluß zu fassen, da dieses bei den Reichs- und Landesbehörden den Eindruck erwecken könnte, als hätte die Gemeinde zuviel Geld.

In der letzten Sitzung des Wohlfahrtsausschusses, die in der letzten Woche stattfand, wurde von der SPD. festgestellt, daß die Verwaltung ihr Versprechen nicht gehalten hat (Wie schon so oft! — Die Red.) **und erneut der Beschluß gefaßt, daß die Erwerbslosen die vom Arbeitsamt unterstützt werden, eine Zusatzunterstützung bekommen, wenn die Sätze der allgemeinen Fürsorge nicht erreicht werden.**

Einstimmig wurde diesem Antrag zugestimmt. Damit die Erwerbslosen ihre Ansprüche geltend machen können, veröffentlichen wir noch einmal die Sätze der allgemeinen Fürsorge:

Ehepaar ohne Kinder	62,50 RM	pro Monat
Ehepaar mit 1 Kind	78,00 RM	pro Monat
Ehepaar mit 2 Kindern	93,50 RM	pro Monat
Ehepaar mit 3 Kindern	109,00 RM	pro Monat
Ehepaar mit 4 Kindern	121,50 RM	pro Monat
Ehepaar mit 5 Kindern	134,00 RM	pro Monat

Um einen Vergleich machen zu können, muß die Wochenunterstützung beim Arbeitsamt mit 4,3 multipliziert werden. Beispiel: Klasse 6 mit 1 Kind pro Woche 16,50 mal 4,3 gleich 70,95.

F. B.

STADT GELSENKIRCHEN

Münzfernsprecher!

Vor einigen Tagen wurde in einer hiesigen Tageszeitung über „fehlerhafte" Münzfernsprecher geklagt. Der Einsender der betreffenden Notiz hatte bei Gesprächen von einem Münzfernsprecher des hiesigen Hauptbahnhofes den gewünschten Teilnehmer wohl gehört, konnte sich selbst aber auch mit lauter Stimme nicht verständlich machen. Derartige Klagen sind schon häufig laut geworden, in fast allen Fällen konnte aber festgestellt werden, daß nicht eine Störung des Apparates, sondern die Nichtbeachtung der ausgehängten Bedienungsvorschrift die Ursache der schlechten Verständigung war. Der Sprechgast vergißt häufig, den Zahlknopf zu drücken, wodurch erst für sein Mikrophon der Sprechstrom eingeschaltet wird. Erst nach der Betätigung dieses Knopfes ist eine Sprechverständigung möglich. Diese Einrichtung mußte getroffen werden, um die Rückgabe des eingeworfenen Geldes durch den Rückgabeknopf zu ermöglichen für den Fall, daß der verlangte Teilnehmer sich nicht meldet. Auch bei Gesprächen im Schnell- und Fernverkehr und bei der Auflieferung von Telegrammen wird vielfach die Bedienungsanweisung nicht beachtet. Es wird oft der Betrag schon eingeworfen, bevor das Amt zur Zahlung aufgefordert hat. Durch diesen vorzeitigen Geldeinwurf wird der Beamtin die Möglichkeit genommen, die richtige Zahlung zu überwachen. Wird dann auch noch vorzeitig der Zahlknopf gedrückt, der eingeworfene Betrag also vereinnahmt, so besteht keine Möglichkeit, das vorzeitig eingeworfene Geld sogleich wiederzubekommen. Man beachte daher stets die in den Zellen angebrachte Bedienungsanweisung! Wenn auch, wie die Erfahrung lehrt, als Ursache der meisten Klagen des Publikums über fehlerhaftes Arbeiten der Münzfernsprecher Unachtsamkeit der Sprechgäste in Frage kommt, so sind bei einem so komplizierten Mechanismus wie dem Münzfernsprecher wirkliche Störungen nicht ausgeschlossen, besonders, wenn man bedenkt, daß gewisse Kreise der Benutzer sich unter dem Schutze der Anonymität eine Behandlung des Münzfernsprechers erlaubt, der auch der robusteste Apparat nicht gewachsen ist. Diese Störungen machen sich aber „namentlich bei stark benutzten Münzfernsprechern gleich bemerkbar und werden mit größter Beschleunigung abgestellt. Außerdem werden alle Münzfernsprecher täglich auf ihre Betriebsfähigkeit geprüft.

Zahlung der Militärrente

Die Zahlung der Militärrente erfolgt bereits am Freitag, dem 28. November 1930, in der Zeit von 8 bis 11 Uhr vormittags und von 3 bis 6 Uhr abends.

STADTTEIL BUER

Ein Filmvortrag der Arbeiterwohlfahrt

Die Ortsgruppe Buer der Arbeiterwohlfahrt hatte am Mittwochnachmittag zu einem Filmvortrag in das „Moderne Theater" eingeladen. Der Saal war lange vor Beginn der Veranstaltung schon überfüllt. Genossin Teuber begrüßte die Erschienenen, dann erhielt Genosse Hoffmann, Dortmund, das Wort zu einem kurzen Vortrag über **die Bedeutung der Arbeiterwohlfahrt.** Er führte aus, daß die Arbeiterwohlfahrt in enger Verbindung mit der Sozialdemokratischen Partei arbeite, daß es ihr nicht darauf ankäme, etwa ein Wohltätigkeitsverein zu sein, der milde Gaben austeile und

dafür Dankbarkeit beanspruche. Die Arbeiterwohlfahrt wolle vielmehr an ihrem Teile mit dazu beitragen, daß dem hilfsbedürftigen Menschen sein Recht werde. Er erinnert in dieser Verbindung an die Rechtlosigkeit der Armenunterstützungsempfänger der Vorkriegszeit und hob demgegenüber die Errungenschaften der heutigen sozialen Gesetzgebung hervor. Ziel der Arbeiterwohlfahrt müsse es sein, in enger Verbindung mit der Partei für weitere Verbesserung der sozialen Gesetze einzutreten. Als Beispiel schilderte er die Zustände in dem heutigen „roten Wien", das sich sehr vorteilhaft gegen das Wien der Vorkriegszeit abhebe. Weiter sprach er über die Tätigkeit der Arbeiterwohlfahrt auf dem Gebiete der Jugendfürsorge, hier hat sich die Arbeiterwohlfahrt zum Ziele gesetzt, neue Wege auf dem Gebiete der fürsorgenden Erziehung solcher Jugendlicher, die schwer erziehbar sind oder denen das Elternhaus keine richtige Erziehung geben kann, zu zeigen. Nicht die üblichen Fürsorgeanstalten, die heute noch mit Dunkelarrest, mit Kostentzug, mit Einsperren hinter Gittern „erziehen" wollen, werden diesen jungen Menschen helfen und sie lebenstüchtig machen, sondern wirkliche Heime, in denen der Jugendliche nicht als „Fürsorgezögling" abgestempelt wird, in denen er als junger Mensch seine Freiheit hat und mit Liebe und Freude auf einen künftigen Beruf vorbereitet werden kann. Ein solches Berufserziehungsheim der Arbeiterwohlfahrt ist der

Immenhof,

der mit all seinem frohen, frischen Leben und Treiben im Film gezeigt wurde. Wir sahen das Heidedorf Hützel in der Lüneburgerheide, den kleinen Bahnhof mit seinem Lokalbähnchen, auf dem gerade ein Trupp Berliner Kinder ankam, wir sahen die weiten Felder des 300 Morgen großen Gutes und das schöne, neue, nun aus Stein erbaute Gebäude, das an der Stelle des im vorigen Jahre abgebrannten alten Gutshauses errichtet worden ist. Wir sahen junge Mädchen, von denen wir nicht wußten, ob sie „Fürsorgezöglinge" oder freiwillige Schülerinnen waren, denn beide Gruppen werden gleich behandelt, bei der Arbeit im Kindergarten, in der Küche, bei der Wäsche, im Schneiderzimmer und in der Gärtnerei. Wir sahen sie auch über die Heide wandern, in zwanglosen Gruppen und sahen, wie sich die „Immen", die wieder nach Berlin zurückgekehrt waren, auch dort noch zu Wanderungen zusammenfanden. Auch die Arbeiterjugend, die ein Heim auf dem Immenhof hat, zog an uns vorbei und gerade ihre Mitwirkung wird als Erziehungsfaktor geschätzt, denn die gefährdete Jugend soll an der gesunden Jugend einen Halt finden und im Zusammenleben mit ihr selbst gesunden.

Der Film vom Immenhof fand sehr viel Beifall, er gab einen Einblick in die praktische Arbeit der Arbeiterwohlfahrt, der gewiß nicht vergessen werden wird.

Filmschau

Der Tenor der „Singenden Stadt"

Von Gregor Rabinowitsch.

Ich will offen sein: als in unserem Produktionskollektiv zum erstenmal die Frage aufgerollt wurde, mit einem Sänger von Weltruf einen Tonfilm zu drehen, stand ich diesem Projekt sehr zurückhaltend gegenüber.

Ich ging aus diesem Grunde mit recht gemischten Gefühlen zu der ersten Unterredung mit Jan Kiepura.

Statt einem dickleibigen und selbstgefälligen Tenor stand ich aber einem frischen 28jährigen Menschen gegenüber, der mich eher an einen neapolitanischen Naturburschen als an ominöse Allüren seiner weltberühmten Kollegen erinnerte.

Die Aufgabe fing an, mich zu reizen. Mit einem Wort: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß das erste Grundgesetz für jeden Produktionsleiter die Ehrlichkeit sein muß. Die Ehrlichkeit sich selbst und seinem Publikum gegenüber. Ich war mir vollständig im klaren darüber, daß bei einem solchen Filme nichts gefährlicher ist, als irgendeine literarische Pose. Da ist ein junger, unbeschwerter, natürlicher Mensch, der eine herrliche und einmalige Stimme hat, der aber noch nie auf einer dramatischen Bühne stand, geschweige denn vor einer Filmkamera. Wäre es nicht verlogen, diesen Menschen etwas anders spielen zu lassen, als was er wirklich ist?

Unter diesen Gesichtspunkten ist „Die singende Stadt" entstanden. Es sollte wie ein Lied sein — nicht mehr, aber auch nicht weniger. Zwei angenehme beschwingte Stunden (vielleicht klingt auch etwas nach), das ist alles, was wir wollten. Wenn das Publikum mit diesem Gefühl das Theater verlassen wird, so ist die Aufgabe erfüllt.

Der Tonfilm „Die singende Stadt" mit Brigitte Helm und Jan Kiepura läuft zur Zeit im Ufa-Theater „Schauburg", Bahnhofstraße.

Apollo-Theater.

Ab morgen, Freitag, große Doppel-Premiére! Das Apollo-Theater bringt morgen den großen deutschen Revue-Operetten-Tonfilm: „Nur Du" zur Aufführung. Die Musik schrieben drei unserer bekanntesten Komponisten: Jean Gilbert, Walter Kollo, Rudolf Nelson. Das Darstellerverzeichnis zeigt prominente Namen wie: Charlotte Ander, Anita Dorris, Marianne Winkelstern, Walter Janssen, Fritz Schulz, Tobor von Halman, Wilhelm Bendow, Paul Morgan, Hermann Vallentin, Paul Hörbiger. Die Texte lieferten Berlins witzigste Revuedichter: Willy Wolf und Ridiamus.

Die Sparkasse Horst, Zweigstelle der Stadtsparkasse Gelsenkirchen, zieht um

300 bedürftige Familien werden zu Weihnachten von der Sparkasse beschenkt

Die Büros der Verwaltungsstelle Horst sind bereits seit einigen Wochen in das von der Sparkasse errichtete neue Gebäude an der Alleestraße verlegt worden. Nunmehr ist auch die Kassenhalle für die Sparkasse fertiggestellt. Mit dem gestrigen Tage verlegte die Sparkasse ihre Geschäftsräume in ihr neues Heim. Die bisherigen Räume im alten Amtshause, die lange Jahre hindurch der Sparkasse als Unterkunft dienten, reichten schon lange für den Betrieb nicht mehr aus. Deshalb beschloß der Sparkassenvorstand schon gleich nach der Vereinigung von Gelsenkirchen mit Horst, einen Neubau, nachdem der Versuch, ein passendes Lokal anzumieten, sich nicht verwirklichen ließ. Die größte Schwierigkeit bildete die Platzfrage. Hier gingen die Meinungen lange Zeit auseinander, bis man sich auf den jetzigen Platz an der Alleestraße einigte.

Der ursprüngliche Bauplan des Sparkassenvorstandes erlitt dadurch eine wesentliche Veränderung, daß die Stadtverwaltung es für zweckmäßig hielt, gleichzeitig für die Verwaltung passende Büroräume zu schaffen. Der Sparkassenvorstand kam dem Wunsche der Stadtverwaltung nach. So entstand der Bau in seiner jetzigen Gestalt: an der Alleestraße die Sparkasse mit einer großen Kassenhalle und einigen Wohnungen, nach der Industriestraße zu die beiden Flügel für die Verwaltung. Für Horst bildet das neue Sparkassengebäude, besonders dann, wenn die Straße von der Allee zur Industriestraße durchgelegt ist, ein neuer Zentralpunkt. Die Meinung ist allgemein, daß mit diesem Gebäude auch architektonisch etwas Hervorragendes für Horst geschaffen worden ist, das gilt besonders auch für die Innenarchitektur der Kassenhalle.

Mögen sich alle die Wünsche erfüllen, die den Sparkassenvorstand veranlaßt haben, diesen Bau zu errichten.

Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Wirtschaftslage soll von jeder äußeren Feier abgesehen werden. Der Sparkassenvorstand hat jedoch beschlossen, zu Weihnachten 300 bedürftige Familien zu beschenken, um auch dadurch die Gemeinnützigkeit und eigentliche Aufgabe der Sparkasse zu betonen.

Arbeiterwohlfahrt Gelsenkirchen

Am Sonntag, dem 30. November, 17 Uhr, in der Gewerbeschule, Industriestraße:

Filmvorführung: Der Immenhof

Vortrag des Genossen Stuhr, Dortmund. Lieder des Volkschors. Zum Eintritt berechtigt das Los der Arbeiterwohlfahrtslotterie, sonst Eintrittspreis 30 Pfennig. Lose sind an der Kasse zu haben.

Als weitere Ueberraschung läuft neben diesem ausgezeichneten Großtonfilm der neueste Pat- und Patachon-Film „Pat und Patachon als Kunstschützen". In diesem Filme, den sie in Kopenhagen drehten, ehe sie nach Berlin gekommen sind, um ihren ersten deutschen Ton- und Sprechfilm „1000 Worte Deutsch" zu drehen, spielen die beiden unübertrefflichen Komiker die Rollen zweier stellungsloser Artisten, die nach langen Mühen als Kunstschützen Wilhelm Tell und Sohn in einem Vorstadt-Varietee ein Engagement finden. In diesem Varietee nun spielen sich die tollsten Ereignisse ab, die wir von Pat und Patachon gewohnt sind, und die immer wieder ihr zahlreiches Publikum begeistern. — Das erlesene Beiprogramm. Trotz großer Unkosten niedrige Eintrittspreise von 60 Pfennig an.

Industrie-Kino.

Ab morgen steht Greta Garbo im Mittelpunkt eines neuen Groß-Programms! Sie erscheint als russische Spionin in „Der Krieg im Dunkeln". Greta Garbos Partner ist Conrad Nagel. „Der Krieg im Dunkeln" ist nach dem gleichnamigen Roman von Ludwig Wolff gedreht worden. Hierzu der beste Kriminalfilm der Gegenwart „Unterwelt". In 7 Akten wird das Doppelleben eines Bettlers in dem Film „Die Straße des Grauens" gezeigt. Es ist interessant, aus der Ferne Zuschauer von Vorgängen zu sein, die sich weitab von der Ruhe und dem Frieden des bürgerlichen Lebens abspielen. Es ist kaum zu glauben, daß es Künstler sind, Schauspieler aus einer vornehmen Atmosphäre, die hier die Vertreter des Abschaums der Menschheit so lebenswahr wiedergeben. Künstlerisch vollendet ist Charlie (Percy Marmont) in seinem Kampf mit dem „blinden Jim", den er niederbort, weil er seinem vornehm erzogenen Pflegekind, der natürlichen Tochter einer Bettlerin, seine Herkunft verraten will, um Schweigegelder von ihr zu erpressen, als sie im Begriff ist, sich mit einem Millionär zu verheiraten. — Das reichhaltige Beiprogramm.

Arbeiterwohlfahrt Unterbezirk Recklinghausen

Dr. Marcuse (München) spricht in Buer am Mittwoch, dem 10. Dezember 1930, nachmittags 3.30 Uhr, im Volkshaus, Gladbecker Straße, in einer

Konferenz

der Arbeiterwohlfahrt des Unterbezirks.

Verpflichtet zur Teilnahme sind alle Ortsausschüsse. Zur Teilnahme berechtigt sind aber auch alle Genossinnen und Genossen, die in der Wohlfahrtspflege tätig sind. Parteibuch legitimiert zum Eintritt.

Delegationskosten tragen die Ortsausschüsse selbst.

Der Unterbezirksausschuß.
J. A.: Wilh. Pfeifenbring.

◆ VERANSTALTUNGEN UND VEREINE

Hannah Spohr tanzt

Hannah Spohr,
die hervorragende Dortmunder Tanzregisseurin und Tänzerin kommt mit großer Gruppe am Dienstag, dem 2. Dezember, zu einem Tanzabend in die Gelsenkirchener Stadthalle. Sie hat ein neues Programm, das auch eine Uraufführung enthält, aufgestellt, und wird mit ihren Darbietungen allen Besuchern einige Stunden frohen und besten Kunstgenusses bieten.

Eintrittskarten zu 3,30 RM, 2,20 RM und 1,10 RM im Hans-Sachs-Haus (Zimmer 228), in den bekanntgegebenen Verkaufsnebenstellen der Stadt und am Dienstag an der Abendkasse. Beginn der Veranstaltung 20.15 Uhr, Ende 22.30 Uhr.

Touristenverein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Gelsenkirchen.

Sonntag, den 30. November: Wanderung nach Linden-Dahlhausen. Treffen 6.30 Uhr am Hbf.

Achtung! Die Probe für den Bewegungschor findet am Freitag, dem 28. November, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus statt. Alles muß pünktlich zur Stelle sein.

Die Generalprobe zur Sportkartellfeier ist am Montag, dem 1. Dezember, 20 Uhr, in der Stadthalle. Die Mitglieder des Bewegungschors treffen sich um 20 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Rundfunk-Programm

Donnerstag, 27. November.

10.45: A. Spieß: Soll unser Mädel etwas lernen? (Berufswahl der Volksschülerin).
11.20: Reg.- und Schulrat Klev: Zehn Jahre preußische Verfassung.
15.00: Kinderstunde: Wir feiern ein Puppenfest.
16.05: Die Welt im Buch: Aus der Welt der christlichen Mystik.
16.55: Alfred Auerbach: Ein Sprechkünstler spricht mit Schülern.
18.30: Friedr. Schreyvogl: Vorspiel zu dem Roman „Tristan und Isolde".
19.15: Spanisch.
19.40: Dr. A. Voigt: Die Grundlagen der Wirtschaft im rheinischen Schiefergebirge.
20.00: Meister der Operette.
20.50: Sinfoniekonzert. Orch. des Westd. Rundfunks. Solist: Egbert Grape (Klavier). Brahms: Klavierkonzert D-moll. — Reger: Serenade.
Anschl.: Nachtmusik und Tanz.

Deutsche Welle. Donnerstag, 27. November.

10.00: Schulfunk. Von allerlei Staaten im Tierreich.
15.00: Jugendstunde. „Ein Hund gehört ins Haus".
15.45: Hermine Behn: Berühmte Sängerinnen.
16.00: Rektor Hanns Gieseler: Der Verwandlungswille des Kindes.
16.30: Berlin: Nachmittagskonzert.
17.30: Georg Hausdorf: Farbe und Pinsel im Gebrauch des Kaufmanns.
18.00: Bücherstunde.
18.25: Prof. Dr. Robert Saitschick: Goethes Faust.
19.00: Min.-Rat Joachim: Aus der Praxis des Arbeitsrechts.
19.30: Landw.-Rat Stakemann: Deutsche Edelpelztierzucht.
19.50: Vorschau auf das Dezemberprogramm.
20.00: Unterhaltungsmusik. Kapelle Emil Roosz.
20.30: Aus Danzig: Ein Abend in einer alten Stadt. Mitw.: Dr. W. Drost, Dr. W. Mannowsky, W. Omankowski, Dr. W. Recke, Dr. H. Strunk, Xella Hochreiter (Alt), Prof. Dr. Frotscher (Cembalo), H. Kühl (Orgel), Orchester des Stadttheaters Danzig.
Ca. 22.15: Tanzmusik.

Henrik Ibsen: „Ein Volksfeind"

Für die Mitglieder der Freien Volksbühne Gelsenkirchen wurde am Mittwochabend im Stadthallensaale von der Westfälisch-Ostfriesischen Landesbühne Ibsens Schauspiel: „Ein Volksfeind" gegeben. Ich schrieb über den Inhalt des Stückes im Programmblatt folgendes:

In Ibsens Gespenstern waren über Liebe und Ehe so manche Wahrheiten ausgesprochen worden, und es waren diese Wahrheiten, die die Personen dieses Stückes aussprachen, dem Dichter als seine eigenen Ansichten unterschoben worden. Der Dichter setzte sich gegen die Auffassung zur Wehr. Am meisten aber brachte es ihn auf, daß sich die Norwegischen Liberalen seinem Drama gegenüber lau oder gar feindlich verhielten, denn er hatte auf die Zustimmung dieser angeblich fortschrittlichen Männer gerechnet. In einem Briefe, in dem er seine Ansicht über diese Haltung der Liberalen zum Ausdruck bringt, heißt es u. a.:

„Die letzte Zeit ist für mich reich an Erfahrungen, Lehren und Beobachtungen gewesen. Daß mein neues Schauspiel ein Wutgeheul im Lager der Stagnationsmänner (also derjenigen, denen die sumpfige Ruhe des Stillstandes über alles geht, D. V.) hervorrufen würde, darauf war ich natürlich vorbereitet, und es ficht mich nur gerade soviel an, als ob ein Rudel Kettenhunde mir nachkläffte. Aber die Hasenherzigkeit, die ich auf Seiten der sogenannten Liberalen wahrgenommen habe, hat mir so manches zu denken gegeben."

Aus dieser seiner Einstellung gegen die Liberalen kommt auch Ibsens Haß gegen das Parteiwesen, dem er im „Volksfeind" nur allzu deutlich Ausdruck gibt. Es ist die enge Welt des kleinstädtischen Spießbürgertums, die Ibsen in diesem Stücke vor uns hinstellt. In diese Welt ist der Badearzt Dr. Stockmann mit seiner Familie hineingestellt. Dieser Dr. Stockmann hat die Anregung gegeben, aus der stillen Kleinstadt durch Anlegung eines Bades einen lebendigen Badeort zu machen. Doch die dazu erforderliche Wasserleitung ist falsch angelegt worden, obgleich er schon damals dagegen protestierte. Da entdeckt er, der Wissenschaftler Dr. Stockmann, daß das Wasser, mit dem die Badeanstalt gespeist wird, durch Infusorientierchen, durch Krankheitserreger absolut gesundheitsschädlich ist, und daß seine äußere oder innere Anwendung die schlimmsten Folgen nach sich ziehen kann für diejenigen, die in dem guten Glauben, ihre Gesundheit fördern zu können, dieses Bad benutzen. Der Arzt Dr. Stockmann kann also mit seinem Gewissen nicht vereinbaren, daß der Badebetrieb aufrechterhalten bleibt, solange bis nicht die nötigen Aenderungen durch Verlegung der Wasserleitung usw. durchgeführt worden sind. Das würde allerdings einige hunderttausend Mark kosten. Und gerade diese Kosten sind es, die die Spießer am allermeisten scheuen. In sehr eindrucksvollen Szenen zeigt uns Ibsen, wie aus dem Arzt Dr. Stockmann, der doch mit seinen Bemühungen um Aufklärung als Volksfreund handeln will, von der „kompakten Majorität" der Spießer, die sich noch dazu für freiheitliche Männer halten, ein „Volksfeind" gemacht wird, wie ihm die Presse und die Säle gesperrt werden, nur um ja nicht der Wahrheit zum Siege zu verhelfen.

Ibsens „Volksfeind" ist ein Werk, das auch heute noch dazu angetan ist, unserer derzeitigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung einen Spiegel vorzuhalten.

In Ergänzung dieser Zeilen wäre nach diesem jüngsten Eindruck, den das Stück auf mich machte, noch hinzuzufügen, daß uns Menschen von heute, die wir in dem Ringen um viel größere Probleme, in einem Zeitgeschehen von ungeheuerlichen Ausmaßen stehen, der Kampf für und wider das Bad und damit für und wider Dr. Stockmann nicht mehr so tief erschüttert, wie das früher wohl der Fall gewesen wäre, als wir noch in kleineren Ausmaßen unseren Gedanken und Handlungen Spielraum gaben.

Zu der Aufführung selbst ist zu sagen, daß sie leider nicht so ganz wie die erste Lustspielaufführung der Westfälisch-Ostfriesischen Landesbühne aus einem Guß war. Der erste Akt stockte sehr im Tempo und namentlich die jungen Schauspieler Helmut Wittig (Redakteur Hausstadt) und Peter Schorn (Mitarbeiter Billing) waren ungeheuer steif und wußten mit Armen und Händen nichts rechtes anzufangen, so daß so manches Mal die Hosentaschen letzter, wenn auch höchst unangebrachter Zufluchtsort wurden. In den weiteren Akten besserten sich dann Tempo und Schwung der Aufführung und auch die einzelnen Darsteller wurden von Akt zu Akt sichtlich freier und in Spiel und Gestus gelöster. Das gilt auch für Otto Mallmanns Dr. Stockmann, der in der Versammlungsszene ganz prächtig aus sich herausging und dem Idealisten Stockmann die richtigen Züge mit auf den Weg gab. Erna Molnar war als einfache Hausfrau mit ihrer weichen, beruhigenden Art zu spielen, wohl am Platze. Sie versagte dort, wo die Frau aus sich herausgehen und bewußte Mitkämpferin ihres Mannes werden muß. Juliane Käding war wohl eine gute Tochter, ließ aber als Petra die Herbheit und Geschlossenheit der Lehrerin vermissen, die sich als wissenschaftlich geschulter Mensch schon genug Gedanken gemacht hat, um über den Wert oder Unwert des Lebens bis zu einem gewissen Grade klar geworden zu sein. Walter Hitzemann gab den Bürgermeister, den Bruder des Doktors mit der nötigen Verbissenheit und Engstirnigkeit, mit dem Stich ins Verschlagene, der den Spießern aller Zeiten das Gepräge gegeben hat und geben wird. Alfred Schnös war ein frischer und warmherziger Kapitän Holster. Gottlob Göricke war als Buchdruckereibesitzer Thomsen so echt, daß er sich als Vorsitzender einer Ortsgruppe der Wirtschaftspartei in Kötschenbroda geradezu wie von selbst empfehlen würde. Der Gerbermeister Niels Worse (Paul Schill) befriedigte als Schauspieler und Regisseur durchaus.

In der Versammlungsszene, in der die Schauspieler im Zuschauerraum saßen, wurde das gutbesetzte Haus mit in die Handlung hineingezogen und es kam so der richtige Versammlungszauber zustande. Als Gesamteindruck mag diese Ibsenaufführung befriedigen. Wenn ich noch eins bedaure, so ist es die Tatsache, daß von der Regie der Aufführung nicht die wundervolle Uebersetzung des Stückes zugrunde gelegt wurde, wie wir sie in der von Julius Elias und Paul Schlenther bei S. Fischer, Berlin, herausgebrachten Ibsenausgabe finden.

Z—r.

Ein unerwartetes Ende:

Mordprozeß Paim auf unbestimmte Zeit vertagt!

Die Versicherungsangelegenheit noch nicht genug geklärt

Intermezzo

Straßenbahnfahrt zum Verhandlungsort Essen! Zeugen zu Hauf! Vernommene und noch nicht vernommene. An Unterhaltungsstoff mangelt es nicht. Die Aussagen, die bereits erfolgten und die noch zu erwartenden, werden verhackstückt. Haarklein! Der aufmerksame Zuhörer weiß schnell, was er heute hören wird, auch ohne zeitraubendes Aktenstudium. Und Hypothesen über den Hergang der Tat werden konstruiert, so sicher, so haarscharf, daß die Geschehnisse wie ein geölter Tonfilm an Aug und Ohr vorüberziehen. Schade, daß die Sachverständigen gestern nicht mit gleicher Präzisierung auszusagen in der Lage waren. Die Urteilsfindung würde erheblich einfacher sein.

Der zweite Verhandlungstag

Stürmischer Andrang zum Zuhörerraum, doch weiß der Wachtmeister des andrängenden Kneuels Herr zu werden. Neuer Zeugenaufruf; etwa 20 neue Zeugen sind zur Stelle. Ein Kind fällt darunter auf: der zehnjährige Anton Kleine-Lasthues, „Männe" genannt, das Söhnchen der Agnes Kleine-Lasthues. Das Kind eröffnet den Reigen der Zeugen.

„Männe" sagt aus

Es handelt sich bei der Vernehmung des Jungen um die Frage, wie die zur Tat benutzten Hämmer, die nach der Aussage zahlreicher Zeugen zum mindesten bis drei Tage vor der Tat noch im Stall gelegen haben, in den Keller gekommen sind. Die Anklage nimmt an, daß Paim die Hämmer vorher in den Keller gebracht hat, um sie als Mordwerkzeuge zu benutzen und sieht hierin die Vorsätzlichkeit der Tat begründet. Die Verteidigung betrachtet den „Männe" als wichtigen Entlastungszeugen. Männe nennt seine Mutter „Agnes", und seine tote Großmutter heißt für ihn „Mutter".

Der Vorsitzende versteht es vorzüglich, bei dem Jungen ins Vertrauen zu kommen. Der Junge weiß nur von zwei Hämmern, einem größeren, der im Stalle lag und einem kleineren, der nach Aussage des Jungen im Keller zum Zerschlagen der Kohlenbrocken benutzt wurde.

Paim habe ihm am Vortage der Tat gesagt, er solle den großen Hammer in den Keller bringen,

da er damit eine Tonne zerschlagen wolle.

„Ich habe den Hammer durchs Fenster in den Keller geworfen. Dabei ist eine Scheibe kaputt gegangen."

Vorsitzender: „Hat Agnes am Mittwochabend bei Täppers zu dir gesagt: „Nicht, Männe, die Hämmer lagen doch immer im Keller?" Und du hast geantwortet: „Das ist ja gar nicht wahr! Die Hämmer lagen immer im Stall!"

Anton Kleine-Lasthues: „Ja, aber damals war ich so aufgeregt von Mutters Tod!"

Vorsitzender: „Hat Agnes dir gesagt, du solltest hier aussagen, du hättest die Hämmer in den Keller geworfen?"

Anton Kleine-Lasthues: „Nein! Sie hat nur gesagt, ich soll aussagen, ich hätte die Hämmer in den Keller geworfen und, da habe ich „ja" gesagt!"

Der Verteidiger fragt den Jungen, ob er am Vortage des ersten Verhandlungstages von Kriminalbeamten befragt worden sei, was er denn aussagen solle und warum er geladen sei.

Der Junge antwortet schluchzend: „Ich soll sagen, ich hätte die Hämmer in den Keller geworfen! Agnes hat ein paar Mal gesagt, ich dürfte nicht lügen!"

Verteidiger: „Männe! Hat Franz Kleine-Lasthues zu dir gesagt, es sei Unrecht von dir, daß du gesagt hättest, du hättest die Hämmer in den Keller geworfen?"

Anton Kleine-Lasthues: „Ja, das hat er gesagt."

Vorsitzender: „Wir werden Franz Kleine-Lasthues darüber noch hören."

Franz Kleine-Lasthues ist heute morgen nicht zur Verhandlung erschienen. Man hört aus Zeugenkreisen, er habe abends einen schweren Auftritt mit seiner Schwester Agnes gehabt und diese habe ihn heute früh nicht geweckt, so daß er nicht rechtzeitig zum Termin erschienen ist. Er wird auf Anordnung des Vorsitzenden telefonisch angewiesen, auf dem schnellsten Wege zur Verhandlung zu kommen.

Vorsitzender (zu Anton Kleine-Lasthues): „Du hast dich also wohl nachher besonnen, und da ist dir eingefallen, daß das so gewesen ist, wie du jetzt erzählst?"

Anton Kleine-Lasthues: „Gustav (Paim) hat es gesagt!"

Der Verteidiger Paims, Rechtsanwalt Ruschen, erklärt dazu, daß er Paim darauf aufmerksam gemacht habe, daß doch Zeugen zur Hämmergeschichte vorhanden sein müßten. Paim habe dann von Männe gesprochen. Daraufhin habe er den Knaben durch seine Mutter fragen lassen. So sei es zu der heutigen Aussage des Jungen gekommen. (Allgemeine Bewegung!)

Der Staatsanwalt drückt sein Erstaunen darüber aus, daß Paim in der ganzen Voruntersuchung und bei allen Vernehmungen kein Wort davon gesprochen habe, daß Anton Kleine-Lasthues die Hämmer in den Keller geworfen habe. Dieser Fall sei eine Parallele zu der so spät herangezogenen Behauptung Paims, die Erschlagene habe ihn durch den Vorschlag, den Lampenmeister Hockelmann zum Trauzeugen und Hausfreunde zu nehmen, zur Verzweiflung und damit zu der im Affekt geschehenen Tat gebracht.

Was ist Paim für ein Kerl?

Der Zeuge, Zechenbote Diehl, erklärt auf das bestimmteste, Paim, den er seit 18 Jahren kennt, sei am Tatmorgen gegen 10 Uhr vormittags aus einer Telefonzelle des Gladbecker Postamts herausgekommen. P. bestreitet dies auf das entschiedenste. Diehl erklärt indessen einen Irrtum für ausgeschlossen.

Verteidiger: „Was soll der Zeuge?"

Staatsanwalt: „Die Unglaubwürdigkeit des P. erhärten!"

Mehrere Zeugen sollen etwas über angebliche frühere Beziehungen des Lampenmeisters H. zu Frau Kleine-Lasthues bekunden; einzelnen von ihnen sind wohl diesbezügliche Gerüchte zu Ohren gekommen, andere halten derartige Beziehungen für vollständig ausgeschlossen. Weitere Zeugen werden darüber vernommen, wie P. mit seiner ersten Frau gestanden haben soll. Von direkten Mißhandlungen weiß niemand etwas Positives. Einer jugendlichen Zeugin hat Paims Töchterchen Hertha erzählt, Paim habe einmal mit einem Brotmesser vor ihrer Mutter gestanden. Wenn nicht zufällig der Briefträger ins Zimmer getreten wäre, dann wäre das Unglück geschehen gewesen.

Daß

Paim die Agnes Kleine-Lasthues mehrfach mißhandelt

hat, wissen mehrere Zeugen zu bekunden. Indessen habe sich das Verhältnis zwischen beiden immer wieder zusammengezogen, obwohl

Agnes verschiedentlich weggelaufen

sei. Ueber Paims Verhältnis zu anderen Frauen werden ebenfalls Zeuginnen gehört. Eine 45jährige, verheiratete Hausmitbewohnerin verweigert die Aussage über die Frage, ob sie mit Paim intimen Verkehr gepflogen habe. Ihre 20jährige Tochter gibt zu, verschiedentlich intimen Verkehr mit Paim gehabt zu haben.

Die Versicherungsangelegenheit bisher ungeklärt

Der Vorsitzende wendet sich alsdann wiederum der Erörterung der Frage zu, inwieweit Paim und vielleicht auch Agnes Kleine-Lasthues bei dem Einkaufen der Witwe Kleine-Lasthues in die Brandenburgische Versicherung besondere Hintergedanken gehabt haben. Der Versicherungsagent Bouneko hat die Aufnahme vollzogen. Der diesbezügliche Antrag ist in Paims Wohnung von Agnes Kleine-Lasthues unterzeichnet worden. Ueber den Eingang der Versicherungsprämien und die Frage, ob die Versicherung fortbesteht, wenn der Versicherte mit der Prämienzahlung in Verzug gerät, ist der Zeuge nicht genau unterrichtet. Nachdem er ziemlich genaue Angaben über die Art des Abschlusses der Versicherung gemacht hat, wird ihm von dem Verteidiger vorgehalten, daß er wohl kaum in der Lage sein könne, allzu genaue Angaben zu machen, da er doch bei dem Abschluß der Versicherung angetrunken gewesen sei und während der ganzen Verhandlungen in Paims Wohnung eine ganze Batterie Bierflaschen geleert worden sei. Der Zeuge wird unsicher und kann sich auf die einzelnen Vorgänge nicht mit der zuerst gezeigten großen Bestimmtheit zurückbesinnen, als der Angeklagte ihm verschiedene Einzelheiten vorhält.

Der Vorsitzende erklärt, daß man zu der ganzen Versicherungsangelegenheit noch weitere Versicherungsleute hören wolle, und zwar aus der Direktion in Berlin, sowie die beiden Bezirksdirektoren aus Buer und Dortmund.

Der Verteidiger beantragt Vertagung

Das starke Eingehen des Gerichts und des Anklagevertreters auf die Versicherungsfrage nötige ihn, darauf hinzuweisen, daß die ganzen Angelegenheiten heute zum ersten Male verhandelt werden. Da es sich um den Kopf des Angeklagten handele, müsse er erklären, daß dieser angesichts der völlig neuen Situation nicht in der Lage sei, den Verhandlungen so zu folgen, wie es der Ernst der Situation nötig mache. Hierin müsse er angesichts des entscheidenden Wertes, der auf die Versicherungsangelegenheit gelegt werde, eine Beschränkung der Verteidigung erblicken. Da die ganzen Angelegenheiten einer eingehenden Klärung bedürften, wie es in der Hauptverhandlung nicht erfolgen könnte,

beantrage er daher die Zurückverweisung der ganzen Angelegenheiten in die Voruntersuchung und die Vertagung der Verhandlung.

Letzten Endes laufe doch die versuchte Beweisführung darauf hinaus, den Nachweis zu erbringen, daß auf Grund der erfolgten Versicherung und der Sicherheit, daß eine eventuelle Zahlung der Versicherungssumme an Agnes Kleine-Lasthues erfolgen solle, zum mindesten bei Paim der Gedanke wachgeworden und bestärkt worden sei, seine Schwiegermutter zu ermorden. Um dem Angeklagten Gelegenheit zu geben, hierzu entsprechend Stellung zu nehmen, sei eine Vertagung des Prozesses und die Zurückverweisung in eine neue Voruntersuchung unerläßlich.

Der Vertreter der Anklage ersucht, den Antrag der Verteidigung abzulehnen. Es werde dem Angeklagten genügend Gelegenheit zur Aufklärung gegeben. Die ganze Verhandlung sei ja dazu da, auch neue Momente zu klären, und bei der sachlichen Verhandlungsführung durch den Vorsitzenden des Gerichts sei volle Garantie gegeben, daß nach dieser Richtung hin unbedingt Klärung erfolgen werde. Aus diesem Grunde liege kein Anlaß vor, dem Antrage der Verteidigung stattzugeben.

Der Verteidiger weist nochmals darauf hin, daß in der ganzen Anklageschrift mit keinem Worte von der Versicherungsangelegenheit als Tatmotiv die Rede sei. Er müsse jedenfalls bei seinem Antrage bestehen bleiben.

Der Vertreter der Anklagebehörde betont, daß darum nicht die Möglichkeit bestanden habe, die Versicherungsangelegenheit in die Anklageschrift hineinzubringen, da erst mit dem Abschluß der Anklageschrift die Anklagebehörde durch eine Nachfrage der Versicherungsgesellschaft auf diesen Punkt aufmerksam geworden sei und sich vorbehalten habe, diese Angelegenheit in der Hauptverhandlung zu klären.

Das Gericht zieht sich zur Beschlußfassung zurück.

Vertagung auf unbestimmte Zeit beschlossen

Nachdem das Gericht eine halbe Stunde im Beratungszimmer sich mit dem Antrage der Verteidigung befaßt hat, erscheint es wieder im Sitzungssaale, und der Gerichtsvorsitzende gibt folgenden Gerichtsbeschluß bekannt:

„Die Verhandlung wird ausgesetzt. Der Antrag der Verteidigung auf Rückverweisung in eine neue Voruntersuchung wird vom Gericht abgelehnt, da es hierzu nicht befugt ist."

Der Vorsitzende erläutert den Beschluß dahingehend, daß es sich um eine Vertagung auf unbestimmte Zeit handelt, so daß der Anklagebehörde wie der Verteidigung dadurch Gelegenheit gegeben wird, nochmals ausgiebig die ganzen Vorgänge über die Versicherung zu behandeln.

*

In der Praxis bedeutet dieser völlig überraschend kommende Vertagungsbeschluß des Gerichts, **daß die ganzen bisherigen Verhandlungen völlig zwecklos gewesen sind, und daß** der Prozeß Paim in einer neuen Schwurgerichts-Session vor anderen Richtern und unter einem anderen Vorsitzenden nochmals aufgerollt werden wird. Allem Anscheine nach hat das Gericht insoweit dem Antrage der Verteidigung stattgegeben, weil es befürchtete, im Falle der Ablehnung einen Revisionsgrund zu schaffen.

Der völlig überraschend kommende Gerichtsbeschluß löste natürlich bei sämtlichen Prozeßbeteiligten, wie auch im Zuhörerraum, allergrößtes Erstaunen aus.



Unterhaltung und Wissen



Antike Kunst

von Franz Arnau

Leesbody, der Chefeinkäufer des jüngeren Morgan, war Sachverständiger für alte Rahmen. Er hatte eine Liste verschiedener Formate; die entsprachen den Bildern, die sein Kollege Gynsberg — aber ohne „Rahmen aus der Zeit" — erstanden hatte. Gynsberg war der Sachverständige des jüngeren Morgan für alte Bilder.

Leesbody zückte einen Zollstock — zusammenklappbar, aus zartem Aluminium — und widmete sich intensiv der Abmessung einiger Gemälde.

„Ich verstehe Sie nicht!" sagte der Fürst indigniert. „Ich kann keines der Bilder verkaufen, denn sie sind als nationale Kunstdenkmäler in die Listen der Stadt Florenz eingetragen."

Leesbody nahm weiter Maß und sonst keine Notiz von der Einrede. Schließlich meinte er: „Sire, ich lasse Ihre Bilder unangetastet. Ich will nur diesen einen Rahmen! Er hat dreimal 58 Zoll lichtes Außenmaß. Er paßt wundervoll für den Tiepolo!"

„Sie meinen den Ribera!" sagte der Fürst, etwas betroffen von soviel Unkenntnis.

„Den Tiepolo!" beharrte Leesbody. „Ich meine jenes Bild, das in diesen Rahmen erst hineinkommen soll"

Der Fürst seufzte, was bei seiner Größe und gerade in der Gemäldehalle recht merkwürdig war. „Es ist leider auch mit dem Rahmen nichts, Mr. Leesbody, denn auch der Rahmen ist eingetragen und unverkäuflich."



Leesbody verneinte. „Der Rahmen ist zufällig sogar sehr gut verkäuflich", lächelte er und ergänzte: „Ueberdies bleibt es unter uns. Niemand wird es erfahren. Pignietti bringt die Sache in Ordnung. Denn Pignietti vermag jeden Rahmen so vollkommen zu kopieren, daß selbst der Kenner den Unterschied nicht wahrzunehmen vermag!"

Es währte vierzig Minuten und kostete außer der Mühe achtzigtausend stabilisierte Lire; dann sagte der Fürst: „Ja!" Er liebte in solchen Fällen die knappe Sprache.

Nachmittags wurde der Rahmen ohne das Bild des Ribera, von dem kein Kenner ahnte, daß es eine Kopie war, zu Pignietti gebracht. Der Meister betrachtete den wundervollen Rahmen lange und wohlgefällig, desgleichen von allen Seiten. Dann befestigte er ein kleines Bändchen an der Schnitzerei des oberen Teiles. Leesbody nickte. „Das ist unumgänglich nötig, Sire!" belehrte er den Fürsten. „Denn wenn die Kopie des Rahmens vollendet ist, vermag man sie überhaupt nur noch durch dieses Kennzeichen vom Original zu unterscheiden."

Drei Wochen waren vergangen. Leesbody und der Fürst gingen wieder zu Pignietti. Der Meister wischte sich den Schweiß seines Angesichts in ein trübes Tuch. Mit größter Umständlichkeit holte er dann zwei Rahmen hervor. Dort, wo das Kennzeichen des Originals befestigt war, trugen beide Rahmen eine Papierhülle. Der Meister lächelte. Er stellte beide Rahmen nebeneinander und bat, die Kopie vom Original zu unterscheiden.

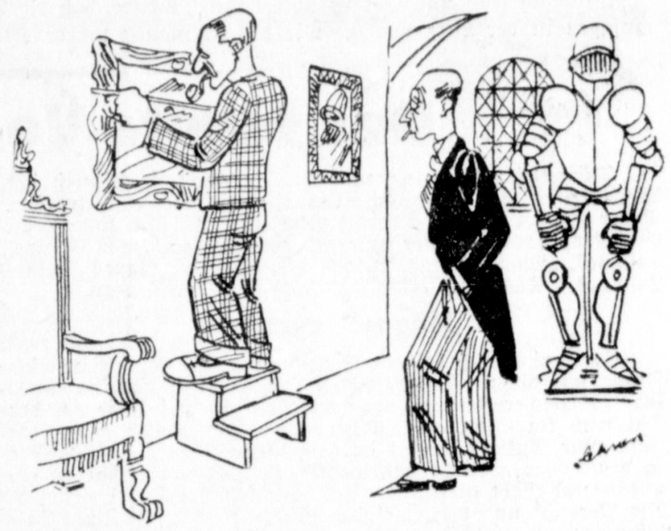
Leesbody ging kurz entschlossen vor. Er hob den einen, dann den anderen Rahmen; er betrachtete jeden sehr genau, er bewaffnete dann seine Augen mit Lupen, die er einem niedlichen Necessaire aus grünem Chagrinleder entnahm. Dann verglich er alle Details. Beide Rahmen hatten den gleichen matten Ton, die gleichen abgeschabten Stellen; genau an der gleichen Stelle genau die gleichen Löcher des Holzwurms. Halt! Da — war ein kleines Stückchen fehlerhaft, aber dasselbe Eckchen fehlte auch beim anderen Rahmen und die Bruchstelle selbst war an beiden vom Alter ganz gebräunt.

Der Meister lächelte. Leesbody wollte raten. Er riet fehl. Da nahm der Meister die Papiermanschette ab und wies auf den echten Rahmen. Der Fürst war belustigt und beruhigt: kein Kenner konnte ahnen, daß der falsche Ribera der fürstlichen Galerie auch in einem falschen Rahmen hing.

Leesbody bezahlte dem Fürsten die achtzigtausend stabilisierten Lire. Der Fürst bezahlte Pignietti — nicht ohne herunter zu handeln — zehntausend für den Rahmen. Dann hängte der Fürst den Pseudo-Ribera im frisch gemalten alten Rahmen in seiner Galerie auf. Leesbody steckte in den Originalrahmen ein modernes Bild, strich den Rahmen mit sofort lösbarer Farbe „auf neu" an und reiste ab: Neue Bilder und neue Rahmen sind ausfuhrfrei.

Allen war geholfen. Leesbody, dem Fürsten, dem jüngeren Morgan. Gynsberg freute sich, daß der von ihm entdeckte Tiepolo endlich einen würdigen Rahmen gefunden hatte.

Und dann freute sich Pignietti. Er hatte Chaleundon nach



Paris telegraphiert. Chaleundon, der Stolz der Pariser Antiquitätenhändler, eilte herbei. Pignietti zeigte ihm einen antiken Rahmen 33 × 58 Zoll lichtes Maß. Und garantiert „aus der Zeit"! Das war der wirklich echte Rahmen —, denn Pignietti hatte — zwei Kopien angefertigt.

In der Sammlung des jungen Morgan merkte niemand, daß der wundervolle Tiepolo lediglich in der Kopie eines alten Rahmens hing. O nein! Man merkte noch nicht einmal, daß auch der echte Tiepolo nur —, na, sagen wir einmal: aus der Schule des Meisters stammte.

Kinderlandkalender 1931

Es liegt in der Tradition der Kalenderbücher, belehrend zu wirken. Die Art, wie heutzutage ein Kalenderbuch Wissen an die Jugend vermittelt, bietet einen guten Wertmesser für den Geist des Verfassers. Der Kinderlandkalender ist eine anschauliche Illustration der modernen sozialistischen Erziehungsreform. Die Bearbeitung mag gewiß schwierig gewesen sein; es hieß, Ereignisse aus dem wirklichen Leben, die schon für das Arbeiterkind wichtig sind und doch von der Schule noch unangetastet bleiben, in verständlicher und interessanter Form in ein buntes Buch einzufügen. Dem Herausgeber des Kalenders der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, zusammengestellt und bearbeitet von Hans und Mimi Weinberger (Verlag „Vorwärts", Berlin, 112 Seiten, geb., Preis 1,50 M.), ist die Zusammenstellung der Geschichten und Berichte, die zum großen Teil von Kinderfreundehelfern — einige sogar von Roten Falken — geliefert wurden, vorzüglich gelungen. Als Führer der Kinderfreunde ist es geglückt, einen lebendigen Ausdruck für den Geist der Bewegung zu finden.

Da findet man u. a. Berichte von einer palästinensischen Kinderrepublik, von einer französischen Schulgemeinde, von den Verhältnissen, in denen die Kinder in Andalusien und im Polargebiet leben. Filme, die jedes Arbeiterkind kennen sollte, sind kurz erzählt und illustriert. Die Revolutionen der Jahre 1848 und 1918 werden anschaulich geschildert. „Die Reichsverfassung mußt du als Arbeiterkind kennen lernen" — so werden einige leicht verständliche, aber doch wichtige Artikel der Reichsverfassung zitiert. Mitten in diese ernsten Berichte sind lustige Geschichten eingefügt: von Zimpino, dem kleinen Negerjungen, und seinem abenteuerlichen Schulweg durch den Urwald, von Tomy, dem Elefanten, der so starke Zahnschmerzen hat und durch vier vorgespannte Zebras sich von seinem Zahn befreien will, von einer lustigen Abenteuerfahrt der Hamburger Roten Falken. Die Geschichten sind so amüsant geschrieben, daß sie nicht nur den jüngeren, sondern auch den älteren Kindern gut gefallen müssen. Eine besondere Wirkung wird durch die verschiedenartige Illustration der einzelnen Geschichten erzielt. Ernste, künstlerisch wertvolle Zeichnungen und Linolschnitte, neben farbenprächtigen Märchenbildern, Kinderzeichnungen und humoristischen Bildern, gestalten das Buch zu einem lebendigen Ganzen. Es ist zu hoffen, daß der Kinderlandkalender, der für Arbeiterkinder geschaffen wurde, auch wirklich für immer weitere Kreise das Weihnachtsbuch des Arbeiterkindes wird.

Hilde Braunthal.

Galanterie

Napoleons Minister Talleyrand saß eines Tages bei Tisch zwischen Frau von Staël und Frau Récamier und bevorzugte dabei sichtlich Frau Récamier. Da fragte ihn Frau von Staël mit einem Hinweis auf seine andere Tischnachbarin: „Wenn wir beide gleichzeitig ins Wasser fallen würden, wem von uns würden Sie zuerst zu Hilfe eilen?" — „O, Madame," entgegnete Talleyrand schlagfertig, „ich bin sicher, Sie schwimmen wie ein Engel."

EDOUARD PEISSON

Abenteuer in Marseille

Nachdruck verboten. (4. Fortsetzung.)

Er gewöhnte sich an den faden Geruch des Raumes, an die Schamlosigkeit der Männer, die da lebten und die ihre Wunden, ihren Ausschlag zur Schau stellten, aber über ihr Unglück noch Witze rissen.

Man hatte das Bettuch über die Gestalt eines Mannes gezogen, der sich nicht mehr gerührt hatte. Am Abend trug man ihn fort.

Er bemerkte, daß man ein Bett umstand und daß man dem Kranken, der dort lag, kleine Dienste erwies. Er konnte ihn nicht sehen, hörte niemals den Ton seiner Stimme, sondern nur einen schwachen Pfiflaut.

Es waren immer dieselben, die kamen und gingen, und die, ein Zigarettenende zwischen den Lippen, so dahinvegetierten. Und die Krankenschwester, eine große Person, dürr und schwarz, die mit Faustschlägen Ordnung hielt und die man scheinbar anbetete.

Und wieder kam die Nacht. Der Schlaf war unfähig, diese beschäftigungslosen Männer zu beruhigen, zum Einschlummern zu bringen. Das Fieber hielt sie wach. Es gab Ausrufe, Gelächter, Lächeln, Gespräche.

Dann drang die Kälte in den Saal. Da wurden sie ein wenig still. Sie schliefen.

Tag.

Sein Nachbar sprach ihn an:

„Hans Müller — bist du das? Ich habe gestern deinen Namen gehört."

„Ja."

„Liest du Französisch?"

Er streckte ihm eine Zeitung hin.

Hans las: „Nächtlicher Ueberfall. Ein gewisser Hans Müller, Matrose an Bord der Alabama, ließ sich durch ein Straßenmädchen mitschleppen ..."

Er gab das Blatt zurück.

Der Tag hatte den gleichen Rhythmus wie der vorhergegangene.

Beim Krankenbesuch entblößte der Doktor seine Wunde und zeigte jungen Externisten des Einstichkanal des Messers. Unter ihnen war ein ganz junges Mädchen. Sie war blond und zierlich.

Er war nackt vor ihr. Er dachte an Marcelle. Er blickte ihr in die Augen. Sie wagte nicht, auf seinen nackten Körper zu sehen, errötete und wandte sich ab.

Später rief er die Schwester.

„Bitte: es war nichts, gar nichts in meinen Taschen?"

„Nein. Es war gar nichts mehr drin, weder Papiere noch Dollarscheine."

„Es war nichts, wirklich nichts drin?"

Sie sah ihn starr an, die Schwester, ohne sich abzuwenden. Und nach einigen Sekunden:

„Doch. Es war Tabak drin."

Sie kam nach fünf Minuten zurück. Sie schob ihm ein Päckchen grauen Tabaks in die Hand, Papier und Streichhölzer. Dann ging sie hinaus.

Er sah auf das Tabakspäckchen und auf die sich entfernende Frau und begriff, daß er nichts mehr hatte in der Welt und daß man ihm Almosen gab.

Die Tage gingen dahin. Er nahm die Gewohnheit an, seine Zigaretten bis zu Ende zu rauchen.

Seine Verletzung brannte. Man behandelte ihn mit Joddämpfen. Sein Fleisch dörrte aus. Man sagte ihm, er sei bestimmt auf dem Wege der Heilung, und er glaubte es. Aber er hatte eine andere Wunde.

Eines Nachts erhob er sich.

Frei von Wolken warf der Mond sein weißes Licht durch die Fenster. Da gab es Dunkelheit und große helle Vierecke. Eines dieser Vierecke beleuchtete das Bett des Kranken, den man umstanden hatte, das Bett des Mannes mit dem Pfeifton. Er trat näher heran.

Es war ein junger Bursche mit pechkohlenschwarzem Haar, mit Glutaugen, der die Blicke groß auf ihn richtete. Er wurde auf dem Bett festgehalten durch einen Ledergurt, aber der Oberkörper wurde von einem krampfartigen Zittern geschüttelt und war auf die rechte Seite des Bettes gerutscht. Die Arme waren ausgestreckt, der eine aufs Kopfkissen, der andere auf den Fußboden. Das Gesicht war mit Schweiß bedeckt, der Mund rund geöffnet, und es entfuhr ihm dieser jähe, heftige Pfiflaut.

Die großen Augen starrten Hans Müller an.

Er wußte nicht, ob sie jammerten oder fluchten. Indessen lag der Körper quer über dem Bett, und der Mann machte ohnmächtige Anstrengungen, sich wieder aufzurichten.

Er trat heran und bettete den Mann in seine alte Lage zurück.

Am folgenden Tag kam der Polizeisekretär wieder. Er hatte seine Aktentasche unterm Arm, öffnete sie aber nicht. Er schien eilig.

„Hans Müller. So heißen Sie doch, nicht wahr? Man hat nicht nachprüfen können. Der Dampfer ist schon in See. Der Kapitän hat keinen als vermißt gemeldet. Sie müssen sich mit der Polizei ins Einvernehmen setzen."

Er ging zur Tür. Hans Müller hielt ihn fest.

„Hat man Marcelle wiedergefunden?"

Der Polizeimann zuckte die Schultern und tat geheimnisvoll.

„Das geht Sie nichts an."

Er fragte seine Kameraden nach dem Zitternden, nach Numero 18.

„... Er ist auf den Tod verwundet. Er weiß es ... Er hat keine Kraft mehr ... Es war seine Frau ... Er zittert und keucht. Wenn man ihn aufrecht setzt, fällt er um."

„Haben Sie gesehen, ob er schön ist und jung?"

„Aus. Man wird ihm das Tuch über die Nase ziehen. Und fort."

In der Nacht horchte Hans zu Numero 18 hinüber.

Allmählich pflegte ihn das Zittern zum Rand des Bettes zu reißen. Er wehrte sich dagegen, so sehr er konnte. Aber sein Kopf erreichte den Rand, fuhr darüber hinaus und riß den Oberkörper mit zu Boden. Und er blieb da bis zum Morgen, zitternd, keuchend, die Augen vom Blutandrang verdunkelt.

Aber jetzt, als der Kopf wieder den Bettrand erreichte, nahm Hans Müller den Mann in seine Arme und bettete ihn wieder aufs Lager. In den Augen des Mannes stand eine unermeßliche Dankbarkeit. Das war die erste Freude, die Hans in seiner Herzensnot erfuhr.

IV.

Die Menge der Kranken und Verletzten strömte zum Krankenhaus, das den Hügel beherrschte und das man schon aus der Ferne erblickte — wie zu einer Pilgerstätte.

Die Betten waren alle besetzt; man hatte Matratzen auf Holzgestelle gelegt.

Nicht genug Platz wurde frei durch Heilung und Tod.

Man hatte Hans Müller entlassen; er hatte sein grobes Leinenhemd abgelegt und seine Kleider wieder angezogen, die ihm eine Helferin über den Stuhl gelegt hatte. (Fortsetzung folgt.)

lohn besonders nachteilig beeinträchtigt wird". In keinem Industriezweig sei die Qualität der Waren so schlecht, wie in den Bäckereien.

Sogar in Moskau — im Mittelpunkt der mechanisierten Bäckereien — entsprachen im September nur 51 Proz. des ausgebackenen Brotes den übrigens sehr bescheidenen Standardforderungen.

In der Provinz ist die Qualität des Brotes noch schlechter. Am 1. Oktober fand in Moskau eine Konferenz über die Frage der Warenqualität statt. Der Leiter des Obersten Volkswirtschaftsrates, Kuibyschew, hat in seinem Vortrag unter anderem darauf hingewiesen, daß

in den Bäckereien der Sowjetunion durchweg die schlimmsten antihygienischen Zustände

herrschen: „Im gebackenen Brot können Sie alles mögliche finden — Stricke, Draht, Mist und sogar lebendige Tiere, wie Mäuse, Ratten usw." („Trud" vom 23. Oktober.) In einer Leningrader Feinbäckerei wurde im Kuchen ein Zusatz von Steinen, Draht, Glas, Nägel und Gummi gefunden. . . . Dasselbe gilt, sagte Kuibyschew, für Fleisch, Gemüse und andere Lebensmittel; **die Konsumgenossenschaften seien oft Fabriken für das Verfaulen des Gemüse.** Dutzende von Wagen mit Gemüse verfaulen auf dem Wege.

*

Die deutsche Sozialdemokratie will nicht, daß das deutsche Proletariat ähnlichen Hungerzuständen entgegengeführt wird. Deshalb bekämpft sie alle Diktaturpläne, auch die bolschewistischen, und geht dem kapitalistischen System, das sie in eine sozialistische Wirtschaftsweise umwandeln will, gemeinsam mit den Gewerkschaften mit den Mitteln zu Leibe, die den deutschen Verhältnissen entsprechen und die sicherste Gewähr bieten, die Lage der deutschen Arbeiterschaft so menschenwürdig zu gestalten, wie es überhaupt möglich ist.

Der Patriotismus eines führenden Nationalsozialisten!

Durch die Reichstagswahl vom 14. September ist im Wahlkreis Pommern als Kandidat der Nationalsozialistischen Deutschen „Arbeiter"-Partei ein schwerreicher Großgrundbesitzer in den Reichstag gewählt worden:

der Fideikommißbesitzer Walter v. Corswant.

Er gibt in seiner Lebensbeschreibung im Reichstagshandbuch sehr genau an, was er alles in seinem Leben getan hat, nur **eine wichtige Angabe fehlt:** Der Herr Großgrundbesitzer aus der „Arbeiter"-Partei **sagt nicht, wo er während des Krieges war!** Warum nicht? Die Nationalsozialistische Partei hat bei einer erheblichen Reihe ihrer Führer allen Grund, über deren Aufenthalt im Kriege zu schweigen — **die Partei des sogenannten „Wehrwillens" hat unter ihren Führern einige, die sehr erfolgreich in der Kunst waren, nicht an die Front zu kommen.** — Der Heimkrieger Frick hat jahrelang in Pirmasens in der Pfalz vergeblich auf den Heldentod gewartet.

Dieser Herr von Corswant, der sich so sorgfältig über seine Beteiligung an Deutschlands „großer Zeit" ausschweigt, ist

einer der deutschen Großverdiener.

Er hat im März dieses Jahres im pommerschen Provinziallandtag zugegeben, **daß er für sich persönlich jährlich 40 000 Mk. verbraucht!**

Die Summe, von der rund 40 deutsche Arbeiter leben müssen, verbraucht dieser großartige „Arbeiter"parteiler für sich allein! Und dann setzt er sich noch hin und schreibt eine kleine Schrift über „Die Not der schaffenden deutschen Wirtschaft und die Zinsknechtschaft des Leihkapitals"!

Wir fragen die ahnungslosen Wähler der Nationalsozialistischen „Arbeiter"-Partei: Was weiß ein Mitglied der „Arbeiter"-Partei, das jährlich 40 000 Mark für sich allein verbraucht, von der Not der deutschen Wirtschaft?

Was weiß ein Großgrundbesitzer von der Not der Arbeiterschaft, wenn er für sich allein soviel Einkommen hat wie vierzig seiner schwer kämpfenden Volksgenossen?

Was weiß ein Fideikommißbesitzer von der Not der Arbeitslosen, wenn er für sich allein die Summe im Jahre verbraucht, von der mehr als hundert Arbeitslose mit ihren Familien leben müssen?

Wie aber kommt der Patriot v. Corswant zu seinem Geld? Durch Einstellung ausländischer Arbeiter!

Dieses feine Mitglied der Nationalsozialistischen Deutschen „Arbeiter"-Partei gehört zu denen, die die entsetzliche deutsche Arbeitslosigkeit noch vermehren helfen:

Der „National"-Sozialist v. Corswant beschäftigt zahlreiche ausländische Arbeiter, weil sie, wie der nationale Mann höhnisch erklärt, billiger seien als deutsche Arbeiter!

So erfüllt ein nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter die Programmforderung seiner eigenen Partei — die Ausweisung fremdstämmiger Arbeitskräfte aus Deutschland! Deutsche Arbeiter hungern sich mit wenigen Mark Arbeitslosenunterstützung durch, und der pommersche Führer einer sogenannten Arbeiterpartei verdient sich seinen „kümmerlichen" Jahresverbrauch von 40 000 Mk., indem er ausländische Arbeiter einstellt, weil sie billiger sind!

Wielange noch wollen deutsche Männer und Frauen einer Partei nachlaufen, die als Führer Musterpatrioten vom Schlage des Großgrundbesitzers von Corswant aufweist?

Rechtsecke der Erwerbslosen

Wann muß die Fürsorgeunterstützung zurückgezahlt werden?

Infolge der scharfen Wirtschaftskrise ist die Erwerbslosigkeit vieler Tausender von sehr langer Dauer. Dadurch kommen viele in die Lage, aus der Arbeitslosenversicherung und aus der Krisenfürsorge ausgesteuert zu sein, um dann der Fürsorgeunterstützung der Gemeinden anheimzufallen. Diese Fürsorgeunterstützungsempfänger sind oft in größter Sorge darüber, daß die gewährten Fürsorgeleistungen rückerstattet werden müssen. Den Fürsorgeverbänden steht zwar ein Anspruch auf Rückerstattung der gewährten Fürsorgeleistungen zu, aber **nur dann, wenn der frühere Unterstützungsempfänger wieder zu hinreichendem Vermögen oder Einkommen gelangt ist.** Dabei ist weitestgehende Rücksicht darauf zu nehmen, daß durch die Einziehung die wirtschaftliche Lage des Ersatzpflichtigen nicht erneut gefährdet wird. Insbesondere langfristige Erwerbslose, die nach der Arbeitslosen- und der Krisenunterstützung von der öffentlichen Fürsorge unterstützt werden mußten, brauchen nicht sofort bei Wiederaufnahme von Arbeit zurückzahlen. Auch dann, wenn **das Lohneinkommen den Richtsatz der öffentlichen Fürsorge erheblich überschreitet, ist die Ersatzpflicht noch nicht gegeben,** wenn z. B. der früher Unterstützte während der Arbeitslosigkeit Schulden gemacht hat, die erst getilgt werden müssen, oder wenn er oder seine Angehörigen durch die Arbeitslosigkeit in Kleidung und Ernährung derart zurückgekommen sind, daß zunächst erst einmal Anschaffungen und Ausgaben gemacht werden müssen, um die Arbeitskraft wieder herzustellen und zu erhalten. **Erst dann, wenn solche vordringlichen Bedürfnisse nicht mehr vorliegen, kann von hinreichendem Einkommen gesprochen werden, das zur Rückforderung von Fürsorgeleistungen berechtigt.** Aber auch dann muß bei der Einziehung durch Zulassung angemessener Teilzahlungen vermieden werden, daß der frühere Fürsorgeempfänger oder seine Angehörigen alsbald erneut wieder in Not geraten. **Auf alle Fälle bleiben Rückzahlungen Ausnahmen!** Der Fürsorgeunterstützungsempfänger braucht sich keine unnötigen Sorgen zu machen. Bevor er nicht ausreichenden Verdienst hat und alle seine anderen Bedürfnisse erfüllt sind, zahlt er nichts zurück.

Achtung! Kurzarbeiter!

Bei der Abhandlung der Kurzarbeiter auf den Arbeitsnachweisen sind wiederholt Schwierigkeiten entstanden, die durch mangelhafte Ausfüllung der Arbeitsbescheinigungen durch die Arbeitgeber entstanden sind. Da dies nur unnötige Verzögerungen in der Bearbeitung der Unterstützungsanträge zum Nachteil der Empfangsberechtigten verursacht, muß den Kurzarbeitern dringend empfohlen werden, die vorgeschriebenen Arbeitsbescheinigungen sich ausstellen zu lassen und darauf zu achten, daß diese vom Arbeitgeber gewissenhaft ausgefüllt sind.

Wenn Kurzarbeit vorgelegen hat, sind die Lohnwochen, in denen mit Kurzarbeit gearbeitet wurde, doppelt aufzuführen. Einmal ist auf den 26 Wochenzeilen der Bruttolohn der 6-Tage-Woche anzugeben; außerdem der gezahlte Kurzarbeiterlohn in dem hierfür vorgesehenen Raume. Der Kurzarbeiterlohn braucht nur für die letzten drei Wochen angegeben sein. Wenn die Arbeitgeber den Lohn von vier oder fünf Tagen in der Woche angeben, dann ist zu bescheinigen, daß der Ausfall ohne Verschulden des Arbeitnehmers entstanden ist. Andernfalls wird dem Arbeitslosen zu seinem Schaden der Lohn für die ganze Woche angerechnet.

Die Wartezeit vor Bezug der Unterstützung kann nur herabgesetzt werden, wenn Kurzarbeit am Schluß des Arbeitsverhältnisses von mindestens zweiwöchiger Dauer vorgelegen hat und der Arbeitslohn dadurch um mindestens ¼ gekürzt war. Besonders zu beachten ist noch, daß das Gesetz bei Heimarbeitern keine Kurzarbeit kennt. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß nach der Neufassung des Gesetzes zur Berechnung des Unterstützungssatzes der Bruttoverdienst der letzten 26 Wochen des Arbeitsverhältnisses notwendig ist. Wenn also in den letzten 26 Wochen Krankheitszeiten liegen oder ausgesetzt werden mußte, dann ist der Lohn anzugeben, den der Arbeiter bezogen hätte bei Vollarbeit. Zur Errechnung der Lohnklasse wird also in jedem Falle der Verdienst der vollen 26 Wochen gebraucht.

Erwerbslosen-Tribüne

Informations-ORGAN für Erwerbslose

Achtung, Herr Brüning!

Arbeit das beste Weihnachtsgeschenk!

Die Sozialdemokratie hat einen gangbaren Weg gezeigt!

Arbeit ist die Forderung von Millionen Erwerbslosen. Wer heute Unterstützung annehmen muß, weil er trotz gesunder Glieder und Lust und Liebe zur Arbeit keine Beschäftigung findet, die ihn ernähren könnte, empfindet diesen Zustand als eine ungeheure seelische Belastung. Wer ständig in den Schlangen vor den Schalterfenstern des Arbeitsnachweises stehen muß und erlebt, wie die Frau sich mit schlecht bezahlter Heimarbeit körperlich zugrunde richtet, während er selber, der Mann, gezwungenermaßen die Hände in den Schoß legen muß, der empfindet die gedankenlose Redensart von den „Arbeitslosen, die bloß nicht arbeiten wollen", wie einen

Schlag ins Gesicht.

Die deutsche Arbeiterschaft, deren Fleiß und Intelligenz erst die Voraussetzungen für die gigantische Entwicklung der deutschen Industrie vor dem Kriege und für deren Wiederaufbau nach der sinnlosen Zerstörung durch den Weltkrieg geschaffen hat, darf sich diesen niederträchtigen Anwurf auf das entschiedenste verbitten.

Wenn heute Millionen feiern, so geschieht es nicht, weil sie sich zu dem Spießerideal des Rentiers bekehrt haben: „Wer die Arbeit kennt und sich nicht drückt, der ist verrückt." Sie müssen leider feiern, denn

die kapitalistische Wirtschaftsordnung ist unfähig, durch vernünftige Planwirtschaft Ordnung auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen.

Weil die kapitalistischen Wirtschaftsführer den Profit über alles stellen, darum die schlimmste Wirtschaftsanarchie, unter der die Welle der Arbeitslosigkeit jeden Tag mehr anschwillt.

Die Sehnsucht der Millionen nach Arbeit wird zu der immer stürmischer erhobenen

Forderung nach Arbeit.

Aber das Kapital tut nichts, um die Arbeitsmarktkrise durchgreifend zu bekämpfen. Es sind brauchbare Vorschläge in genügender Zahl gemacht worden. Warum verwirklichen die „Führer" der Wirtschaft keinen dieser Vorschläge? Wollen sie auch dem Gedankenlosesten demonstrieren, daß ihnen die Reservearmee der Hungernden sehr erwünscht ist, weil in Zeiten starker Erwerbslosigkeit der Kampf der Arbeiterschaft für eine gesicherte Existenz so ungemein erschwert ist und die Anwendung der schärfsten Waffe, nämlich des Streiks, den Arbeitenden fast unmöglich macht?!

Je mehr die Privatwirtschaft versagt, um so entschiedener müssen Reich, Länder und Gemeinden eingreifen.

Die Vertreter der Sozialdemokratie haben, wo immer sie Einfluß auf die Vergebung von Arbeiten hatten, dafür gesorgt, daß größere Arbeiten in Angriff genommen wurden. Was unter sozialdemokratischem Einfluß speziell von den Gemeinden geleistet worden ist, obwohl diese selbst sich in schwierigsten finanziellen Verhältnissen befinden, hat den Arbeitsmarkt wesentlich entlastet. Aber

die Gemeinden stehen am Ende ihrer Leistungsfähigkeit.

Sie möchten durch weitere Schaffung von Arbeitsgelegenheit den Erwerbslosen helfen, sie können es aber nicht, weil ihre finanzielle Kraft so gut wie erschöpft ist. Um so rascher müssen Länder und Reich vorstoßen.

Die preußische Regierung hat ein großzügiges Arbeitsprogramm aufgestellt. Darin wird verlangt, daß **bei Arbeitsverminderungen keine Entlassungen, sondern Verkürzung der Arbeitszeit** stattzufinden hat. Außerdem wird die **Einführung eines weiteren Schuljahres** gefordert. Würde letztere Maßnahme durchgeführt, so hieße das, den Arbeitsmarkt zunächst jährlich um rund ¼ Million Jugendlicher entlasten. Diese Maßnahme würde obendrein auch der körperlichen und geistigen Ertüchtigung der Jugendlichen dienen, die ein Jahr länger für Schulbesuch und vorbereitende Berufsausbildung verfügbar hätten.

Von großer Bedeutung für die Arbeitslosen ist die preußische Forderung nach einem

Verbot der Beschäftigung ausländischer Wanderarbeiter.

Lest, Erwerbslose, was wir zu diesem Kapitel auf Seite 4 in dem Artikel „Der Patriotismus eines führenden Nationalsozialisten" sagen. Die Lebensführung dieses Musterpatrioten, der jährlich 40 000 Mk. für seine persönlichen Bedürfnisse verbraucht, spricht Bände und illustriert drastisch die Berechtigung der Forderung, die Beschäftigung ausländischer Arbeiter in dieser schweren Notzeit zu verbieten.

Die Vorschläge der preußischen Regierung sind gut, können aber von ihr allein nicht durchgeführt werden.

Das Reich muß sofort eingreifen

und vor allem die erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen treffen.

Vor den Reichstagswahlen hat die Zentrumspresse mit lautem Tamtam den Reichskanzler Brüning als den Retter gepriesen, der ein Arbeitsbeschaffungsprogramm auf-

gestellt habe, das rund einer Million Arbeit und Brot bringen werde. Wo bleibt die Erfüllung des Versprechens?

Wir sehen nicht, daß „Retter Brüning" Arbeitsgelegenheiten schafft, aber bemerken erschreckt, daß unter seiner genialen Kanzlerschaft die Arbeitslosigkeit immer schärfer anwächst.

Warum legt Brüning dem Reichstag nicht den von der Sozialdemokratie verlangten Gesetzentwurf vor, der zum Zwecke der gerechten Verteilung der Arbeitsgelegenheit für die Dauer der außerordentlichen Arbeitslosigkeit die vierzigstündige Arbeitswoche vorschreibt, unter gleichzeitiger Verpflichtung zur Einstellung neuer Arbeitskräfte?

Wo bleibt dieser Gesetzentwurf, in dem weiter verlangt wird, zum Lohnausgleich für den Uebergang die freiwerdenden Unterstützungsmittel mit heranzuziehen und die Zulassung von Ueberstunden auf die dringlichsten Ausnahmefälle zu beschränken mit der Bestimmung, daß der Unternehmer für jede Ueberstunde einen vollen Stundenlohn als Sonderbeitrag zur Arbeitslosenversicherung abzuführen hat?!

Legt die Reichsregierung diesen Gesetzentwurf aus freien Stücken dem Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt im Dezember vor, so würde sie gar vieles von dem, was unter ihrer Aera am arbeitenden Volke gesündigt wurde, wieder gutmachen.

Das von der Sozialdemokratie verlangte Gesetz wäre für die Erwerbslosen ein Weihnachtsgeschenk, tausendfach wertvoller als alles, was sonst sich für das „Fest der Liebe" zugunsten der Erwerbslosen erfinnen läßt.

Wird Brüning den auf Arbeit harrenden Millionen dies Weihnachtsgeschenk bereiten? Sie haben das Wort, Herr Brüning, aber machen Sie keine Worte, wir wissen, daß sie in der Kunst Meister sind, begehen Sie eine Tat!

Massenbelastung und Sozialleistungen

Die Kommunisten wettern gegen die **hohe Massenbelastung** und verlangen Aufhebung aller Massensteuern. Das ist unmöglich und würde den Massen nicht nützen, sondern schaden.

Es ist falsch, immer nur auf die Verteilung der Steuerlasten zu starren, man muß daneben auch die Verwendung der Steuererträge beachten. Es kommt nicht nur darauf an, wer die Steuern aufbringt, sondern ebenso sehr darauf, für wen sie verwendet werden. Die Massenbelastung ist sehr hoch und gegenüber der Vorkriegszeit sehr stark gestiegen. Aber die sozialen und kulturellen Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden sind noch stärker gestiegen.

Vor dem Kriege mußten die Massen einen Teil ihrer Steuerlasten für die Besitzenden aufbringen. Nach dem Kriege kommen ihnen die Erträge der Massensteuern selbst wieder zugute.

Das ergibt sich aus folgender Aufstellung:

Massenbelastung:

Lohnsteuer, Umsatzsteuer, Beförderungssteuer, Zölle, Verbrauchssteuern, Reichsbahnbelastung. Ueberschüsse aus öffentlichen Betrieben):

1913: 2590 Millionen RM,
1927: 6780 Millionen RM.

Sozialleistungen:

Wohlfahrtswesen:
1913: 420 Millionen RM,
1927: 2370 Millionen RM,

Wohnungswesen:
1913: —
1927: 990 Millionen RM,

Schulwesen:
1913: 930 Millionen RM,
1927: 1965 Millionen RM,

Kriegsversorgung:
1913: 40 Millionen RM,
1927: 1615 Millionen RM

Insgesamt 1913: 1390 Millionen RM,
1927: 6940 Millionen RM.

1913 mußten die Massen fast doppelt so viel Steuern zahlen, als ihnen aus Sozialleistungen gewährt wurde. 1927 aber waren die sozialen und kulturellen Leistungen für die Massen mit rund 7 Milliarden höher, als die Massenbelastung.

Das ist der Erfolg der Politik der Sozialdemokratie. Daher der Kampf der Bürgertums gegen die sozialpolitischen Errungenschaften. Ginge es nach den Kommunisten, dann brauchten die Massen zwar keine Steuern mehr zu zahlen, erhielten aber auch keine sozialen und kulturellen Leistungen.

Abschaffung der Massenbelastung nach kommunistischem Rezept bedeutet also:

Kein Geld für die Unterstützung der Erwerbslosen,
kein Geld für die Invalidenrentner,
kein Geld für die Wohlfahrtspflege der Gemeinden,
kein Geld für den Wohnungsbau,
kein Geld für die Schule,
kein Geld für die Kriegsopfer.

Ursachen der Arbeitslosigkeit

Wirtschaftskrisen sind die unheimlichen Begleiterscheinungen des Kapitalismus. Sie sind die **Folgen der Planlosigkeit der privatkapitalistischen Produktion** und kehren in bestimmten Abständen immer wieder.

Vor dem Kriege hatten wir Wirtschaftskrisen in den Jahren 1907 bis 1909, 1900 bis 1903 und 1890 bis 1895. Die erste Krise der Nachkriegszeit fiel in die Jahre 1925-26.

Auch die jetzige Wirtschaftskrise ist im Wesen der kapitalistischen Wirtschaft begründet. Sie ist aber durch besondere Umstände verschärft worden:

1. **Die Kriegsfolgen sind noch nicht überwunden.**

12 Jahre nach Kriegsende ist noch lange nicht alles wiederaufgebaut, was der Krieg zerstört hat. Deutschland muß noch immer Jahr für Jahr rund **vier Milliarden an inneren und äußeren Kriegslasten** zahlen. Unsere wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland sind noch immer nicht völlig hergestellt.

2. **Die deutsche Wirtschaftskrise trifft mit einer schweren Weltwirtschaftskrise zusammen.**

England und Amerika haben eine ebenso große Arbeitslosigkeit wie Deutschland. Der Bürgerkrieg in China und die Unruhen in Indien und Aegypten stören den Außenhandel. Japan und Australien sind ebenfalls schwer von der Wirtschaftskrise heimgesucht.

3. **Starke Vermehrung der Erwerbstätigen.**

Die starke Bevölkerungsvermehrung der letzten Vorkriegsjahre wirkt sich jetzt in einem starken Anwachsen der Erwerbstätigen aus. **Von 1925 bis 1930 hat sich die Zahl der Arbeitnehmer um 1½ bis 2 Millionen vermehrt.**

4. **Die Ueberrationalisierung.**

Das deutsche Unternehmertum war jahrelang dem Rationalisierungswahn verfallen. Die technische Leistungsfähigkeit der Betriebe wurde ohne Rücksicht auf die Absatzmöglichkeiten planlos gesteigert. Die Preise wurden nicht gesenkt, so daß der Absatz nicht Schritt halten konnte. Die Folge ist, daß viele Betriebe nur halb beschäftigt und andere stillgelegt sind.

Helft den Jungen!

Gegen die Arbeitsdienstpflicht! Für den Schutz der erwerbslosen Jugend!

Nach einer halbamtlichen Schätzung soll die Zahl der Erwerbslosen unter 21 Jahren 400 000 betragen. Welch ein Bild der Trostlosigkeit: 400 000 junge Menschen außerhalb des Produktionsprozesses! Jugend, die mit Begeisterung erfüllt war und den Willen in sich trug, zu schaffen, die Freude am Werk hatte, muß abseits stehen. Junge Menschen gehen in der Blütezeit ihres Lebens stempeln oder müssen die öffentliche Wohlfahrtspflege in Anspruch nehmen. Welche Hoffnungslosigkeit und Verzweiflungsstimmung hat sich dieser Burschen und Mädchen bemächtigt! Jugend, die die Welt erstürmen, aus den Angeln heben wollte, ist zur Tatenlosigkeit verurteilt.

Der Schwung der Jungen, die gärende Kraft kann sich nicht nutzbringend auswirken. In der Jugend liegt die Kraft und Stärke des Volkes. Es ist also schon vom Standpunkt der Erhaltung der Volkskraft gesehen, notwendig, der Jugend zu helfen. Da finden sich nun Leute in Deutschland, die vorgeben, national zu sein, die als Allheilmittel der Jugend die Arbeitsdienstpflicht bringen wollen. Bestimmte Kreise, die hinter diesen Plänen stehen, haben kapitalistische Sonderinteressen im Auge.

Die Unternehmer und ihre Lakaien möchten eine moderne Streikbrechergruppe schaffen, die die schwersten Arbeiten verrichtet und sich mit 40 Pf. Taschengeld pro Tag abfinden läßt, keinen Achtstundentag kennt, die eingesetzt wird, wie es die Herren Kapitalisten gerade für notwendig halten und überhaupt nur eine Parole kennt: gehorchen!

Andere wieder möchten so eine Art Ersatz für die abgeschaffte allgemeine Wehrpflicht haben. Junge Menschen sollen wieder nach allen Regeln des preußischen Kommis „geschliffen" werden. Die abgetakelten Militärs möchten sich wieder als „Erzieher", lies Menschenschinder, betätigen.

Die Sozialdemokratie — und mit ihr die Sozialistische Arbeiterjugend — wendet sich gegen diese volks- und jugendfeindlichen Bestrebungen. Mit der Einführung der Arbeitsdienstpflicht wäre der erwerbslosen Jugend nicht geholfen. Auch die Erwerbslosigkeit würde damit nicht bekämpft werden. Was erreicht würde, wäre ein Angriff auf den Lebensstandard der breiten Massen, die Reaktion würde einen billigen Triumph für sich buchen können.

Die Sozialdemokratie fordert die Erfassung aller erwerbslosen Jugendlichen durch die Arbeitslosenfürsorge. Tritt doch häufig der Fall ein, daß junge Menschen sofort nach Beendigung der Lehrzeit arbeitslos werden, da die Meister wohl Lehrlinge gegen ein geringfügiges Taschengeld während der Lehrzeit mit Gehilfenarbeiten beauftragen, nach Ablauf der Lehrzeit aber nicht bereit sind, die Lehrlinge auch als Gehilfen zu beschäftigen. Auch ungelernte jugendliche Arbeiter müssen um diese Zeit aus genau denselben Gründen aus dem Produktionsprozeß ausscheiden. Auch der Jugendliche muß einen Rechtsanspruch auf Gewährung ausreichender Hilfe haben.

Neben diesen an erster Stelle stehenden Forderungen können die Behörden, die von Amtswegen verpflichtet sind, sich um die Jugend zu kümmern, manches tun, um den Jugendlichen die Erwerbslosigkeit erträglicher zu machen. Das ist auch bereits von verschiedenen Jugendpflegestellen und Arbeitsämtern durchgeführt worden. In einigen Teilen Deutschlands hat man Landjugendheime für die Durchführung von Kursen für die erwerbslose Jugend bereitgestellt. Diese Kurse sollen dazu dienen, die Allgemeinbildung der jungen Menschen zu heben. Andere Kurse, und das sind die, die überall durchgeführt werden müßten, haben sich zum Ziel gesetzt, die Berufstüchtigkeit der Jugendlichen zu erhalten bzw. die Lücken, die die Berufsausbildung gelassen hat, auszufüllen. Bei Veranstaltung derartiger Kurse muß von vornherein Wert darauf gelegt werden, daß die Jugendlichen auch wirklich ernste Arbeit leisten können und nicht nur Kurse, wie sie sonst in der Jugendpflegearbeit auch für die erwerbstätigen Jugendlichen abgehalten werden, stattfinden. Zweckmäßig ist es, wenn die Arbeitsämter und die Einrichtungen der öffentlichen Jugendpflege sich bei Beratung derartiger Maßnahmen mit den Jugendgruppen der Gewerkschaften und den Gruppen der Jugendbewegung in Verbindung setzten.

Durch Verkürzung der Arbeitszeit und Einführung des neunten Schuljahres würden erste Schritte getan sein, um einer Anzahl erwerbsloser Jugendlicher wieder den Eintritt in die Betriebe zu ermöglichen. Die Vertreter der Sozialdemokratie werden ihren ganzen Einfluß geltend machen, daß mit der Arbeitsbeschaffung endlich ernst gemacht wird.

Viele junge Menschen haben aus ihrer Verzweiflungsstimmung heraus den Totengräbern jedes Aufstiegs, den phrasenreichen Demagogen von Moskaus und Hitlers Gnaden bei der letzten Entscheidung des Volkes ihre Stimme gegeben. In dem Maße, wie sie erkennen, daß der Kampf gegen die kapitalistische Anarchie, die die Grundursache für unsere gegenwärtige Notzeit bildet, mit zweckmäßigen Mitteln nur vom in der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften vereinigten Arbeitsvolk geführt wird und erkennen, daß sie sich in die Scharen dieses Millionenheeres einreihen müssen, wird auch die Entwicklung vorangehen. In der Geschlossenheit liegt die Stärke der Arbeiterklasse. Nur vereint wird es uns gelingen, in unserem Kampf für den sozialen Fortschritt zu erreichen, daß für alle Menschen Arbeit und Brot beschafft wird.

Das russische Volk mit knurrendem Magen

Schlangen ohne Ende — Schauderhafte Zustände in den öffentlichen Speisesälen und Bäckereien

Während Frau Kollontay im goldenen Wagen zum schwedischen König fährt, steht das russische Proletariat in den Städten des Sowjetstaates endlos Schlange, um mit knurrendem Magen die mageren Rationen zu erwarten, die angesichts des enormen Lebensmittelmangels sehr bescheidener Art sind. Bilder, wie wir sie in Deutschland nur in der verfluchten Kriegszeit kannten, sind heute, zwölf Jahre nach Kriegsende, immer noch alltägliche Erscheinungen.



So steht das Arbeitsvolk vor den Kaufläden in Moskau Schlange

Um diese Zustände zu überwinden, wird mehr und mehr zur

öffentlichen Zwangsspeisung

übergegangen. Ein immer größerer Teil der Arbeiter wird gezwungen, in den verstaatlichten Speisehäusern und in den neueingerichteten Mamut-Küchen Mittag zu essen. Das wäre an sich ganz einwandfrei. Aber wie sieht es in diesen russischen Speiseanstalten aus, und was für Mahlzeiten werden den Arbeitern verabfolgt?

Wir folgen, indem wir das schildern, dem „Trud", dem offiziellen Organ der russischen Gewerkschaften.

In der staatlichen Metallfabrik in Kertsch (Krim) befindet sich die **Werkkantine in einer Baracke, die von drei Kotgruben umgeben ist.** Das Küchengeschirr liegt daneben auf dem Hofe im Kot. Die Arbeiter werden überwiegend mit Brei ernährt. Es fehlt in der Kantine an Löffeln, Gabeln, Messern und Tellern. **Die Arbeiter essen mit Holzstäbchen und selbstgemachten Gabeln.** Im Essen kann man finden, was man will: Steinchen, Glassplitter, Würmer („Trud" vom 8. Oktober). In Mogilew bekommen die Arbeiter der Fabrik „Der rote Wiederaufbauer" in der Regel schlechtes Essen. Am 20. September wurde z. B. die

Suppe aus lauter Würmern gekocht

(„Trud" vom 8. Oktober). In Tschudowki-Rayon ist das Mittagessen schlecht und ungenügend, so daß die Arbeiter hungrig bleiben. Sie

können die Gerichte nicht essen, so schlecht sind sie zubereitet.

Wohlgemerkt: Nicht wir, sondern der „Trud" berichtet das. Die Sowjetpresse ist mit solchen Mitteilungen wörtlich überfüllt.

„Was die öffentliche Speisung anbetrifft — führte vor kurzem der Leiter des Obersten Volkswirtschaftsrates, Kuibyschew, aus („Trud" vom 23. Oktober) —, so können Sie selbst in unseren öffentlichen Speisehäusern sehen, wie diese die uns fehlenden Güter (Gemüse und Fette), die wir nur mit größter Mühe liefern können, verderben lassen, wie sie das Fleisch und die Fette in einem solchen Zustand den Besuchern verabreichen, daß man es nicht essen kann; wie sie die Nahrung verschmutzen: sie werfen Kartoffelschalen und sogar ungeschälte und ungepellte Kartoffeln in die Töpfe."

Noch schlimmer steht es mit dem rationierten

täglichen Brot.

Die Gewerkschaftszeitung „Trud" vom 20. Oktober betont mit Nachdruck, daß „durch die schlechte Qualität des gebackenen Brotes — dieses Grundprodukts der Ernährung — die Arbeitsversorgung und somit der Arbeits-

Wirtschaft und Gewerkschaft

1,5 Milliarden Mark Monopolgewinne der deutschen Eisenindustrie

Die deutschen Preise müssen dem Weltmarktstand angepaßt werden

In den Geheimratszimmern des Reichswirtschaftsministeriums wird gegenwärtig um die Senkung der Eisenpreise gerungen. Staatssekretär Dr. Trendelenburg führt selbst die Verhandlungen. Es ist allmählich durchgesickert — und wir können das bestätigen —, daß der Kampf im Reichswirtschaftsministerium um eine Senkung der Eisenpreise um nicht weniger als 15 Prozent geht. Was das bedeutet, zeigen am besten die Preisverhältnisse bei Stabeisen. Die deutsche Eisenindustrie verkauft gegenwärtig noch Stabeisen frei an Bord in Antwerpen für rund 80 Mark. Der Inlandspreis, der zum größten Teil eingehalten werden muß, weil die Eisenindustrie über die Händlerorganisationen verfügt, beträgt 137 Mark. Ausländisches Stabeisen würde, den Zoll von 25 Mark die Tonne und Frachtkosten von 6 bis 8 Mark eingerechnet, mit 111 bis 113 Mark in Deutschland zu haben sein. Eine fünfzehnprozentige Preisenkung ergäbe etwa einen Abschlag von 137 auf 117 Mark, was noch immer mehr als die volle Zollausnutzung bedeuten würde. Das ist das Ziel der Verhandlungen.

Die Eisenpreisverhältnisse in Deutschland sind durch die Marktentwicklung absolut unhaltbar geworden. In der schwerindustriellen Zeitschrift „Ruhr und Rhein" ist am 21. November festgestellt worden, daß im Oktober von 166 Hochöfen nur noch 68 in Betrieb waren, daß der arbeitstäglichen Leistungsfähigkeit dieser 68 Hochöfen von 50 890 Tonnen eine wirkliche Ausnützung nur von 22 177 Tonnen gegenüberstand. Das entspricht einer Ausnützung von kaum 44 Prozent. Dabei umfassen die Auslandslieferungen, die mit so gewaltigen Verlusten vorgenommen werden müssen, den größten Teil auch dieser noch stark gedrosselten Produktion. „Ruhr und Rhein" muß selbst feststellen, daß auf der letzten Tagung des Langnam-Vereins die Schwerindustrie die Notwendigkeit einer „radikalen" Eisenpreissenkung anerkannt hat. „Unzweifelhaft ist", so heißt es, „ein nicht zu unterschätzender Teil des zurückgehaltenen Inlandsbedarfes auf preisliche Gründe zurückzuführen." „Bei der großen Preisspanne zwischen Inland und Ausland", so heißt es weiter, „versuchen die Verbraucher mit allen Mitteln, sich billiges Auslandsmaterial zu verschaffen, so daß manche Inlandaufträge dem Ausland zufallen." Die Unhaltbarkeit des jetzigen Zustandes wird also von der Eisenindustrie selbst zugegeben.

Phantastisch ist die Schädigung, die fürf Jahre monopolitischer Eisenpolitik der deutschen Volkswirtschaft schon zugefügt haben. Den Zoll eingerechnet, hat in den Jahren von 1925 bis 1930 die Preispolitik der Eisenkartelle die deutsche Volkswirtschaft zusätzlich zugunsten der deutschen Eisenindustrie mit nicht weniger als 1800 Millionen Mark belastet. Wie das möglich war, ist bekannt: Zu dem hohen Eisenzoll kam der in der Internationalen Rohstahlgemeinschaft festgelegte, im deutsch-französischen Handelsvertrag verankerte Gebietsschutz, kam die nur von den deutschen Eisenverbänden kontrollierte und auf Kontingente beschränkte ausländische Eiseneinfuhr, kam endlich die vollständige Herrschaft der Eisenverbände über die deutschen Eisenhändler. Das Eisenmonopol war also lückenlos.

Die Lage auf den deutschen Eisenmärkten ist aber nicht nur unhaltbar geworden, die Zuspitzung in der deutschen Eisenindustrie ist auch voll durch die Eisenherren selbst verschuldet. Die Eisenpreise wurden mit aller Gewalt hochgehalten, der verlustreiche Eisenexport wurde in ungeheuerlichster Weise übertrieben, weil die Leistungsfähigkeit der Eisenindustrie in ungeheuerlicher Weise übersteigert worden ist. Als durch den Krieg die lothringischen Werke verloren gingen, da wurde die ganze verlorene Kapazität in Deutschland wieder aufgebaut. Und die Eisenherren waren stark genug, sich die Ueberdimensionierung der deutschen Eisenindustrie von den deutschen Steuerzahlern bezahlen zu lassen. Im Jahre 1919 wurde für die verlorenen Lothringer Werke eine volle Entschädigung gewährt. Zu diesen Dispositionsfehlern schwerster Art kommen jetzt durch den Rückgang der Erzpreise sehr verlustreich gewordene Erzverträge mit dem schwedischen Gängesberg-Trust hinzu: Die Ruhr hat nicht weniger als 4 Millionen Tonnen Schwedenerze, die ohne Preisklausel abgeschlossen waren, auf Lager nehmen müssen.

Die Eisenindustrie leistet den Preisabbaubemühungen des Reichswirtschaftsministeriums den schärfsten Widerstand. Eine Meldung spricht davon, daß man 10 Prozent, eine andere, daß man 15 Prozent Preissenkung zugestehen wolle, wenn in diese 15 Prozent die dreiprozentige Ermäßigung nach dem Oeynhausener Schiedsspruch mit eingerechnet würde. Unsere Darlegung der Verhältnisse beweist, daß nicht nur im Interesse der Gesamtwirtschaft, sondern auch im Interesse der Eisenindustrie selbst dieser Widerstand von der Regierung und auch von der öffentlichen Meinung gebrochen werden muß. Es gibt für die Eisenindustrie, nachdem sie ihre jetzige Lage voll und ganz selbst verschuldet hat, und wenn die deutsche Gesamtwirtschaft nicht wieder auf Jahre hinaus durch neue Eisenmißwirtschaft geschädigt werden soll, keinen anderen Weg, als die vorhandene Belastung aus der Ueberkapazität durch Kapitalsabschreibungen auszugleichen. Es ist auch allerhöchste Zeit, daß durch Heranführung der deutschen an die Weltmarktpreise (abgesehen vom Zoll), die jährlich Millionen kostende Aviwirtschaft (Exportvergütung) abgebaut wird.

Selbstverständlich ist die Eisenindustrie mit aller Macht bemüht, diese Verluste nicht selbst zu tragen, sondern sie größtenteils wieder auf die Löhne abzuwälzen. Aus diesem Grunde wird von der Eisenindustrie auch immer betont, daß die unvermeidlich gewordene radikale Preissenkung durch eine Senkung der Selbstkosten weitgehend ausgeglichen werden müsse. Brünings Wirtschaftsprogramm ist ihr dabei ein willkommener Eideshelfer. Gegenüber einem in der Oeffentlichkeit scheinbar ziemlich weit verbreiteten Irrtum ist aber festzustellen, daß die Reichsregierung bei den seinerzeitigen Verhandlungen über die sechsprozentige Kohlenpreissenkung kein Versprechen gegeben hat, daß als Bedingung für die Kohlenpreisermäßigung auch die Bergarbeiterlöhne gesenkt werden sollen. War schon die Kohlenpreissenkung zwangsläufig und darf sie deshalb mit einer Senkung der Bergarbeiterlöhne nicht ohne weiteres verkoppelt werden, so gilt das erst recht für die Eisenindustrie. Der Schaden jener gleichzeitigen Lohn- und Preissenkungspolitik, die mit dem Schiedsspruch von Oeynhausen eingeleitet worden ist und im Berliner Metallschiedsspruch sich überschlagen hat, ist bereits groß genug. Wenn wir aus der Krise heraus wollen, darf diese Politik nicht mehr fortgesetzt werden.

Die Kohlenpreisdiskussion

ist mit dem Beschluß des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikates, seine für das unbestrittene Gebiet gültigen Listenpreise ab 1. Dezember um durchschnittlich 8,7 Prozent zu senken, noch nicht erledigt. So lange das Kohlenwirtschaftsgesetz noch besteht, liegt die letzte Entscheidung über die Kohlenpreissenkung beim Reichskohlenrat, der gemeinsam und übereinstimmend mit dem Reichskohlenverband dem Syndikat der Syndikate — die Kohlenpreise bestimmt und sie durch den Kohlenverband im Reichsanzeiger amtlich veröffentlichen läßt.

Bisher sind diese Organe der Kohlenwirtschaft noch nicht zur Mitwirkung an der Preissenkungsaktion herangezogen worden. Ihre Ausschaltung nimmt der angekündigten Preisherabsetzung jeden gesetzlich verpflichtenden Charakter. Das ist umso bedauerlicher, als die Preissenkung ohnehin schon recht lange hinausgezögert worden ist und dadurch eine Marktbeunruhigung hervorgerufen hat, die bei einer größeren Entschlußkraft der Kohlensyndikate und des Reichswirtschaftsministeriums vermeidbar gewesen wäre. Die Legalisierung der Preisermäßigung ist keinesfalls entbehrlich. Auf den veröffentlichten Reichsanzeiger-Preisen bauen sich nämlich eine ganze Anzahl von Verträgen sowohl in der Gastwirtschaft als auch in der Elektrizitätswirtschaft auf, die von einem inoffiziellen Preisabbau garnicht berührt werden würden. Das gilt auch für andere Verträge, die eine Kohlenklausel enthalten. Schließlich ist auch der amtliche Preisindex auf den offiziellen Reichsanzeiger-Preisen aufgebaut. Würde man es bei dem einfachen Syndikatsbeschluß belassen, so wäre damit der Erfolg der Kohlenpreissenkung erheblich gefährdet, insofern, als damit einer Preiswillkür des Syndikats Tor und Tür geöffnet sein würde. Es könnte in geeigneten Fällen immer darauf hinweisen, daß das freiwillige Preiszugeständnis die Befugnis, eigentlich den stehengebliebenen höheren Reichsanzeiger-Preis zu nehmen, garnicht berühre und eine Abweichung vom Syndikatslistenpreis zulässig wäre. Das könnte zu einem Durcheinander führen, dem man beizeiten steuern soll. Zum mindesten sollte man doch glauben, daß das Reichswirtschaftsministerium eine so offenkundige Gesetzesumgehung nicht dulden wird. Auch der größere Teil des Reichskohlenrates, dessen Großer Ausschuß am Mittwoch zusammentritt, wird sich nicht einfach beiseite schieben lassen wollen.

Die Bedeutung des Syndikatsbeschlusses soll nicht verkleinert werden. Ob er im Ausmaß zureichend ist, wird sich vorher mit einiger Sicherheit schwerlich sagen lassen. Geht man von der letzten Preiserhöhung im Mai 1928 aus, so bleibt die jetzige Preissenkung sowohl absolut als auch prozentmäßig beträchtlich dahinter zurück. Der Preis für die Standardsorte ist damals von 14,87 RM. auf 16,87 RM., also um 2 RM. erhöht worden. Auf den reinen Durchschnittslistenpreis bezogen, d. h. nach Absetzung von Handelsnutzen und Umsatzsteuer, machte die Erhöhung 13,4 Prozent aus, während die jetzige Ermäßigung bereits bei 8,7 Prozent Halt macht. Doch mit Prozenten läßt sich trefflich streiten. Tatsächlich brachte die 1928er Preiserhöhung dem Syndikate eine Mehreinnahmemöglichkeit von rund 7½ Millionen Mark monatlich. Von dieser Mehreinnahme werden jetzt, je nach dem Umfang des unbestrittenen Gebietes, 4½ bis 5 Millionen Mark wieder hergegeben. Würde man den ganzen Schritt von 1928 wieder rückgängig machen, so blieben von der Mehreinnahme noch 2¼ bis 2¾ Millionen Mark monatlich übrig, die für das bestrittene Gebiet eingesetzt werden könnten. Ob das im ganzen Umfange notwendig ist, erscheint zweifelhaft. Wünschenswert wäre jedenfalls, daß man die Preissenkung für die Inlandskohle, die ja damals auch die ganze Preiserhöhung auszuhalten hatte, nicht vorzeitig abdämpft. Man darf bei aller Würdigung des Kohlenexportes niemals übersehen, daß zwei Drittel des Ruhrkohlenabsatzes auf das Inland entfallen und daß der Inlandsmarkt es ist, der am notwendigsten einer Belebung durch billigere Preise bedarf.

Dabei ist der von den Zechenbesitzern angestrebten Verkoppelung zwischen Kohlenpreis und Bergarbeiterlohn aufs schärfste zu widersprechen. Eine solche Verkoppelung ist in umgekehrter Richtung vom Reichskohlenrat und auch vom Reichswirtschaftsministerium stets widersprochen worden. Dieser Widerspruch gilt auch heute beim Preisabbau. Prinzipien können nicht einseitig ausgelegt werden. Ganz abgesehen vom Prinzip besteht aber auch für solche Verkoppelung kein sachlicher Anlaß. Die bevorstehende Reichskohlenratssitzung wird Gelegenheit geben, diesen Standpunkt im Interesse einer wirksamen Kohlenpreisbemessung gegenüber der hartnäckigen Entlastungsoffensive der Zechenbesitzer auf Kosten der Bergarbeiter zu verteidigen.

Dr. Berger, Bochum.

In der Preissenkung voran!

Der Konsumverein Mannheim gibt einen Ueberblick über seine im Laufe eines Jahres durchgeführte Preissenkung, die größtes Interesse verdient. Für Mitte Oktober 1930 betragen die Preissenkungen gegenüber dem Durchschnittspreis 1929 für Rindfleisch 5 Pfennige pro Pfund gleich 5 Prozent, für Schweinefleisch 23 Pfennige gleich 17,3 Prozent, für Kalbfleisch 3 Pfennige gleich 2,3 Prozent, für Dürrfleisch 10 Pfennige gleich 6 Prozent, für Schinken, gekocht, 17 Pfennige gleich 6,3 Prozent, für Plockwurst 21 Pfennige gleich 9,9 Prozent, für Leberwurst 16 Pfennige gleich 10,9 Prozent, für Blutwurst 18 Pfennige gleich 13,1 Prozent, für Schmalz, deutsch, 3 Pfennige gleich 3 Prozent, für Schmalz, amerikanisch, 2 Pfennige gleich 2,5 Prozent, für Kokosfett 8 Pfennige gleich 11,8 Prozent, für Butter, holländisch, 36 Pfennige gleich 15,3 Prozent, für Butter, deutsch, 22 Pfennige gleich 10,5 Prozent, für Oel (Salat-) 23 Pfennige gleich 18,7 Prozent, für Oel (Back-) 18 Pfennige gleich 16,7 Prozent, für Schweizer Käse 40 Pfennige gleich 20 Prozent, für Limburger Käse 10 Pfennige gleich 15,2 Prozent, für Dürrobst 15 Pfennige gleich 13 Prozent, für Aprikosen 20 Pfennige gleich 12,5 Prozent, für Mischobst 8 Pfennige gleich 10 Prozent, für Hülsenfrüchte: Linsen 16 Pfennige gleich 24,3 Prozent, weiße Bohnen 24 Pfennige gleich 42,9 Prozent, farbige Bohnen 12 Pfennige gleich 29 Prozent, Erbsen 6 Pfennige gleich 12,1 Prozent, für Kakao, offen, 20 Pfennige gleich 20 Prozent, für Mandeln süß, 22 Pfennige gleich 10,4 Prozent, für Kartoffeln 2 Pfennige gleich 33 Prozent, für Rosinen 8 Pfennige gleich 10 Prozent, für Sultaninen 22 Pfennige gleich 22 Prozent, für Korinthen 8 Pfennige gleich 10 Prozent, für Pfeffer 80 Pfennige gleich 20 Prozent, für Zimmt 100 Pfennige gleich 25 Prozent, für Koriander 80 Pfennige gleich 25 Prozent, für Macisblütt (pro Beutel) 2 Pfennige gleich 17 Prozent, für Puddingpulver (pro Beutel) 2 Pfennige gleich 25 Prozent und für Eier pro Stück 3,7 Pfennige gleich 15,7 Prozent.

Was im Mannheimer Konsum möglich ist, muß selbstverständlich auch anderweitig möglich sein. Der Mannheimer Konsumverein veröffentlicht auch monatlich Preisvergleichungen. Die Preisvergleichung für Oktober 1930 ergibt bei 25 wichtigen Konsumvereinsartikeln gegenüber dem Privathandel (die Vergleichung berücksichtigt drei charakteristische Profitgeschäfte) eine Verbilligung von nicht weniger als 15,50 Prozent.

Abschlüsse

Westfälische Drahtindustrie, A.-G., Hamm. Diese zum Krupp-Konzern gehörende Gesellschaft legt nunmehr den Abschluß für das Geschäftsjahr 1929/30 vor. Die Betriebsüberschüsse verringerten sich auf 2 160 280 (2 749 619) RM. Generalunkosten erforderten 1,10 (1,43) Mill. RM., Abschreibungen 0,81 (0,78) Mill. RM., so daß einschließlich 195 277 RM. Vortrag ein Reingewinn von 437 763 (687 387) RM. verbleibt, aus dem wieder eine Dividende von 4 Prozent auf die Vor- und von wieder 5Prozent auf die Stammaktien zur Verteilung vorgeschlagen werden. 64 414 RM. werden auf neue Rechnung vorgetragen.

Ein Vorschlag, der Lob und Nachahmung verdient

In Köln haben sich die Gewerbeoberlehrer der Berufsschule für das Metallgewerbe bereit erklärt, die erwerbslosen berufsschulpflichtigen Jugendlichen ehrenamtlich und unentgeltlich über die vorgeschriebene Pflichtstundenzahl hinaus zu unterrichten. Sie wollen auf diese Weise die Jugendlichen von der Straße wegbringen und dafür sorgen, daß die Zeit der Arbeitslosigkeit zur Berufsausbildung besser genutzt wird.

In verschiedenen Teilen des Reiches sind ähnliche Bestrebuegen im Gange. In Mannheim hat z. B. vor kurzem der Verwaltungsausschuß des Stadtrates die Bereitstellung von 10 000 Mark zur Beschaffung einer Notschule für Erwerbslose angefordert. Nach der Schätzung des Arbeitsamtes Mannheim befinden sich zur Zeit im Stadtgebiet rund 1000 Erwerbslose im Alter von 18 Jahren und rund 3450 Erwerbslose im Alter von 18—21 Jahren. Für die Veranstaltungen der Volkshochschule waren bisher durch das Arbeitsamt 475 Hörer-Karten kostenlos ausgegeben worden. Für den Besuch einer Notschule kämen etwa 2000 bis 2500 jugendliche Arbeitslose in Frage.

Der Versuch, den jugendlichen Arbeitslosen während des Winters durch besondere Schulkurse fortzubilden, sollte überall durchgeführt werden. Die damit für die Arbeitslosen und für die Allgemeinheit verbundenen Vorteile liegen klar zutage. An der Beschaffung der verhältnismäßig bescheidenen Mittel zur Einrichtung solcher Kurse dürfte der Versuch nirgends scheitern.

Abbruch von Zollmauern in Großbritannien.

In einer Zeit, wo der Weizen aller Schutzzöllner in der Welt blüht, hat die Labourregierung in England einen Zollabbau beschlossen, der angesichts der scharfen Widerstände in der englischen Industrie sensationell wirkt.

Nach den Erklärungen des Handelsminister Graham wird die Regierung am 15. Januar das berüchtigte Farbstoffgesetz (Dyestuff Act) außer Kraft setzen. Dieses Gesetz sah vor, daß nur solche Farbstoffe nach England eingeführt werden durften, die von der einheimischen Industrie überhaupt nicht oder nur zu einem Preise fabriziert werden, der den Weltmarktpreis in einer bestimmten Höhe überstieg. Für alle anderen Farbstoffe bestand also ein glattes Einfuhrverbot, das die deutsche Chemieindustrie besonders hart traf. Die Konservativen haben dieser Maßnahme des Labourkabinetts schärfsten Kampf angesagt.

Zugleich hat Snowden im Unterhaus mitgeteilt, daß eine Verlängerung der Schutzfrist für verschiedene Industriezölle nicht mehr in Frage käme. Es werden daher im nächsten Monat die Schutzzölle für Handschuhe, verschiedene Stahlwaren und Glühstrümpfe außer Kraft gesetzt.

„Soziale Bauwirtschaft". Das soeben erschienene Doppelheft 22/23 der Sozialen Bauwirtschaft enthält einen ausführlichen Bericht über die am 27. und 28. Oktober 1930 im großen Plenarsaal des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates stattgefundenen Verhandlungen des Siebenten Deutschen Bauhüttentages.

Blutrausch über Korsika

Ein Höllenleben bei einem Banditen, Säufer und Sadisten

Madeleine Mancini, die Geliebte des berüchtigten korsikanischen Banditen Romanetti, ist wegen Anstiftung zur Blutrache zu lebenslänglicher Zwangsarbeit auf den Teufelsinseln verurteilt worden. Die französischen Zeitungen veröffentlichen flammende Aufrufe zur Wiederaufnahme des Verfahrens, da die breite Oeffentlichkeit von der Unschuld Madeleine Mancinis überzeugt ist.

Es ist nicht einfach, dem mit Blut gesättigten korsischen Land gefühlsmäßig näher zu kommen. Hier, wo Temperament alles ist, hat die Ehre einen anderen Sinn als in der übrigen westeuropäischen Zivilisation. Die mittelalterliche Blutrache führt zu Morden, von denen jeder neue unzählige andere bedingt. Auf dieser Insel, auf der die Kinder schon in ihrer frühesten Jugend mit dem Revolver spielen und der Tod mehr geehrt und verherrlicht wird als das Leben, sind die Banditen trotz schärfster und rücksichtslosester Maßnahmen der französischen Regierung die Herren ganzer Landesteile, deren Bereich sie fein säuberlich gegeneinander abgrenzen.

*

Madeleine Mancini lebt ungestört auf ihrer Ferme, die ihr mehr als 100 000 Franken pro Jahr einbringt. Der berüchtigte Bandit Romanetti verfolgt die 16jährige glutäugige Korsin auf Schritt und Tritt. Marc Aurele, ihr Vater, und Jean Marie, ihr Bruder wagen es nicht, sie zu schützen. Ihr Widerstand hätte sie das Leben gekostet. Romanetti sieht in der reichen Besitzung eine vom Schicksal bestimmte Zufluchtsstätte für sich und seine Bande. Mit Gewalt machte er das schutzlose Mädchen, das ihn aufs tiefste haßt, zu seiner Geliebten. Das zarte Geschöpf beugt sich den Launen des Sadisten und Säufers. Er macht ganze Arbeit und errichtet sein Hauptquartier in der Ferme. Acht Jahre dauert die Höllenqual. Madeleine willigt in alles, denn sie weiß, daß sie und die ihren wie tolle Hunde erschossen werden, versuchten sie sich zu wehren. An eine Inanspruchnahme der Polizei ist nicht zu denken. Sie bedeutet Acht und Bann der Eingeborenen.

*

Im Mai 1926 kommt unerwartet die Befreiung. Auf dem Paß von Ritesa wird Romanetti von einem Schäfer erschossen. Die terrorisierte Bevölkerung atmet auf. Madeleine beginnt wieder Mensch zu werden. Zwei Jahre erfreut sie sich beschaulicher Ruhe. Da bitten am 26. Mai 1928 drei unbekannte Banditen um Schutz in ihrem Hof. Nach Landessitte gewährt sie Gastfreundschaft. Sehr gewagt ist es schon, die Dauer des Aufenthaltes einzuschränken. Nachdem gegessen und getrunken war, fordert Madeleine die ungebetenen Gäste auf, die Ferme zu verlassen. Die drei Männer gehen, nicht ohne die scheußlichsten Drohungen ausgestoßen zu haben. Die Nacht verbringen sie in der Makis. Am nächsten Mittag sprechen sie bei dem Bauern Antoine vor und verlangen den „Zehnten". Der wird verweigert. Die Banditen richten ein Blutbad an. Antoine wird erschossen, ein Sohn in den Armen seiner Frau erstochen, zwei andere schwer verwundet und niedergeschlagen. Der Hof brennt lichterloh. 3000 Franken sind das Beutegut.

*

Die Geretteten erkennen auf eine Photographie den Banditen Perfettini als Anführer der Gruppe. Gendarmen erschießen ihn im Kampf. Die beiden Komplicen Santoni und Bartolli werden verhaftet. Man erfährt, daß das Trio am Abend vor der Tat bei Madeleine war. Schlußfolgerung: Madeleine hat die Banditen gedungen, Romanettis Todfeind — Onkel Antoine — zu ermorden. Der geistesschwache Santoni erklärt vor dem Untersuchungsrichter, Madeleine habe ihm 6000 Franken und einen Kuß versprochen, falls er ihren Mann räche.

*

Ganz Korsika gerät bei dieser Nachricht in Blutrausch. Die Verwandten der Opfer Romanettis, die in die Hunderte gehen, schreien nach Rache. Neue Zeugen treten auf. Einer macht glaubhaft, daß Madeleine einem Banditen Romanettis Stelle versprochen habe, wenn er Antoine beseitige. Ein anderer erzählt, er habe gesehen, wie Romanettis Witwe vom Balkon ihres Hauses die gedungenen Mörder zu ihrer grausigen Tat durch Rufe anfeuerte. Madeleine bricht unter der Wucht der Anklagestimmen zusammen, ohne gestanden zu haben. Das Schwurgericht spricht das entsetzliche Urteil: lebenslängliche Zwangsarbeit im Bagno! — —

*

Auch den Rachedurstigen ist der Spruch zu hart. Die Geister ernüchtern sich. Vor Madeleines Verschickung nach Guyana schaudert allen. November 1930. Jetzt ist es so weit. Die Bagnosträflinge werden nach den Sammellagern gebracht. Da melden sich die ersten Entlastungszeugen. Der Landarbeiter Costa Biancamaria erklärt, er sei bei den ersten Schüssen zu Marc Aurele gelaufen. Dort fand er Madeleine verschüchtert und verängstigt, ihn auflebend: „Laßt mich nicht allein!" Er ist von diesem Augenblick an bei ihr geblieben. Die Polizei hat nun festgestellt, daß Madeleine vom Balkon ihres Hauses den Hof Antoines, der 1½ Kilometer entfernt liegt, überhaupt nicht sehen konnte. Ein Kalfaktor im Zuchthaus der Bastia gibt zu Protokoll, daß der Santoni einem anderen Strafgefangenen einen Kassiber zugesteckt habe, auf dem er ihn aufforderte, Madeleine als Auftraggeberin des Mordes zu belasten. Vor einigen Wochen, als die Verschickung ins Bagno bekannt wurde, gestand Santoni: „Ich habe gelogen. Madeleine, Madeleine ist unschuldig!"

*

Jetzt gibt es auf der Insel der Leidenschaften nur noch eine Stimme unter den Zeugen des Dramas, seien es Bürger, Bluträcher oder Banditen: „Gebt Madeleine frei!" Die Lamento-Rufe sind den Voceri-Schwüren von gestern gefolgt. Das unschuldige Opfer, das in der Freiheit der Makis die begehrteste Frau war, ist seit einem Jahr im Zuchthaus. Schon hat die Tuberkulose die stolze Gestalt angegriffen. Die Mühlen der Gerechtigkeit mahlen langsam. Wird Madeleine noch lebendig in ihre Ferme zurückkehren?

Polizeirevier 82 . . .

Das Urteil im Berliner Polizeibeamtenprozeß: Oberwachtmeister Gertner zu vier Monaten Gefängnis verurteilt; die Offiziere Alsdorf und Mader wegen Mangel an Beweisen freigesprochen – Eine Episode vom Schreckensmai 1929

Am Dienstag abend ging vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Steinhaus der Prozeß zu Ende, durch den die merkwürdigen Vorgänge aufgeklärt und gesühnt werden sollten, durch die Beamte des Berliner Polizeireviers 82 am 1. Mai 1929 das Ansehen der preußischen Polizei aufs gröblichste verletzt haben sollen. Nach eingehender Beweisaufnahme, durch die bedauerlicherweise die einzelnen Vorgänge nur zum Teil aufgeklärt werden konnten, wurden Polizeioberwachtmeister Gertner wegen Verstoßes gegen § 340 des Strafgesetzbuches zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, während Polizeihauptmann i. R. Alsdorf und Polizeioberleutnant Mader aufgrund der Rechtslage freigesprochen wurden.

Kriegspsychose.

Am 1. Mai 1929 fand in einem Gartenlokal im Nordosten Berlins eine Maifeier statt, an der auch sieben Mitglieder des Arbeiter-Schützenbundes mit Luftbüchsen teilnahmen. Als abends gegen neun Uhr die Veranstaltung zu Ende war, luden die Schützen ihr Arbeitsgerät auf einen Handwagen und marschierten mit umgehängten, aber in Futteralen steckenden Luftbüchsen nichtsahnend durch die Stadt in ihr Vereinslokal. Auf jeden Fall war dieser Marsch mit umgehängten Gewehren durch eine explosionsgeladene Stadt, noch dazu am Abend, wo klare Sicht das Aufkommen von Psychosen und Halluziationen erleichtert, ein schwer begreiflicher und unverzeihlicher Leichtsinn der Schützen, die allerdings zur Entschuldigung für ihre Sorglosigkeit anführen konnten, daß sie über die stürmischen Vorfälle des Maitags wenig orientiert gewesen seien, da sie ihn ja in einem Gartenlokal an der Peripherie der Stadt verbracht hatten. Als sich die sieben Schützen zu ihrem Vereinslokal in der Friedenstraße begeben wollten, kamen sie an einem Ueberfallwagen der 82. Polizeiwache, die unglücklicherweise ebenfalls in jener Straße stationiert ist, vorbei. Die aufs höchste nervösen und überreizten Beamten sahen in den harmlosen Schützen eine im Sturmschritt mit Karabinern heraneilende Kommunistenkolonne und in dem ungefährlichen Arbeitsgerät der Sportler getarnte Maschinengewehre. Im Nu stürzte sich eine riesige Menge Schupos mit gezückten Gummiknüppeln auf die Sieben und erklärte sie für verhaftet.

Die Prügel auf der Wache.

Die unglücklichen Schützen kamen gar nicht dazu, ihre Harmlosigkeit und ihr Unbeteiligtsein an den kommunistischen Ausschreitungen nachzuweisen. Eine Anzahl Polizisten schlug schon auf der Treppe unbarmherzig auf sie ein. In der Wachtstube setzten sich dann die Mißhandlungen in erhöhtem Maße fort. Vier der Geschlagenen mußten sich in längere ärztliche Behandlung begeben, erhebliche körperliche Schäden hatten alle Sieben aufzuweisen. Der Polizeiwachtmeister Bruno Gertner, der bei Gegenüberstellung erkannt wurde, stand unter der Anklage, an diesen Mißhandlungen im Amt teilgenommen zu haben, der Polizeihauptmann Karl Alsdorf, der sich jetzt im Ruhestand befindet, und der Polizeioberleutnant Max Mader von Berlin nach Bielefeld strafversetzt, wurden beschuldigt, die Ausschreitungen geduldet, also begünstigt zu haben. Sämtliche Angeklagten bestritten ihre Schuld. Der Angeklagte Alsdorf behauptete sogar, gemeinsam mit Mader jedes weitere Schlagen der Verhafteten unterbunden zu haben. Im übrigen führten die Angeklagten und auch die Entlastungszeugen, die Polizeibeamten des Reviers, aus, daß die Beamtenschaft durch den tagelangen, ungemein anstrengenden Dienst vor dem 1. Mai 1929, der manche Polizisten in acht Tagen nur zwei Mal ins Bett gelassen habe, völlig erschöpft und fast am Rande ihrer Nervenkraft gewesen sei.

Die Anträge des Staatsanwalts.

Am Dienstag, dem zweiten Verhandlungstag, plädierte der Staatsanwalt. Er beantragte gegen Oberleutnant Mader sieben, gegen Hauptmann Alsdorf acht und gegen den Oberwachtmeister Gertner wegen schwerer Körperverletzung sechs Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt führte in seinem Plädoyer aus, daß das Amt eines Polizeibeamten ein so ernstes, wertvolles und verantwortungsvolles sei, daß disziplinlose und schwache Menschen in diesem Beruf nichts zu suchen hätten. Es läge im dringenden Interesse des allergrößten Teils der pflichttreuen und verantwortungsbewußten Beamtenschaft, gegen Elemente, die ihren Beruf sich schmählich diskretitierten, mit aller Strenge vorzugehen. Es sei sicher ein großer Fehler der Mitglieder des Arbeiter-Schützenbundes gewesen, ausgerechnet am 1. Mai mit geschulterten Gewehren durch die Straßen zu ziehen, aber das nehme die Verantwortung von den schuldigen Beamten nicht ab, von denen stets verlangt werden müsse, daß sie sich selbst in der Gewalt haben.

Die Urteilsbegründung.

Die Urteilsbegründung des Vorsitzenden begann mit einer Feststellung des Bedauerns, daß es trotz aller Bemühungen nicht gelungen sei, die Haupttäter der bestialischen Handlungen auf Revier 82 festzustellen. Weiter führte der Vorsitzende aus: „Es sind Dinge vorgefallen, daß sich einem die Haare sträuben. Völlig unschuldige Menschen sind aufs Entsetzlichste mißhandelt worden. Aber die wahren Täter haben sich im Hintergrund verflüchtet. Gertners Schuld ist hundertprozentig erwiesen. Es steht durch eidliche Aussage fest, daß er einen der Nebenkläger mit der Faust geschlagen hat. Die Schuld der Offiziere ist nicht klar erwiesen. Zu ihrer Verurteilung aufgrund des Strafgesetzbuchs fehlen die tatsächlichen und rechtlichen Unterlagen; und auch der Begünstigung sind die Angeklagten Mader und Alsdorf nicht überführt, obwohl man fragen darf, ob die Offiziere nicht zu lasch gegen die Exzesse und zu langsam bei der Forschung nach den Schuldigen vorgegangen sind. Die entsprechenden Feststellungen hierüber und ihre eventuellen Konsequenzen sind eine Sache des Disziplinarverfahrens. Ebenso wenig stand zur Verhandlung, wie weit die Offiziere polizeitechnisch richtig gehandelt haben.

„Die kleine Frau Storkow" — der Liebesroman einer jungen Witwe, wird in unserem Blatte erscheinen. Der Zeitpunkt kann leider noch nicht angegeben werden. Zunächst wird der

„Mord in Klampenborg",

ein besonders packender Kriminalroman, unsere Leserinnen in größte Spannung versetzen.

MORD IN KLAMPENBORG

Kriminalroman von Hermann Reinecke

Urheberrechtsschutz Bimag, Berlin SW. 19.

Erstes Kapitel.

Herbstliche Abendstimmung lag über Kopenhagen. Die letzten schwachen Strahlen der untergehenden Sonne huschten über den kupfern glänzenden Sund hinüber zur schwedischen Südküste und ein leichter, feiner Herbstnebel hüllte die Abendsonne in einen geheimnisvollen Mantel, der dem Himmel einen zarten Rosaton verlieh. Ein schwacher Wind strich über das Meer und ein monotones Surren ließ die Blicke in die Höhe schweifen, wo sich das letzte Abendflugzeug nach Hamburg emporgeschraubt hatte und im 130-Kilometer-Tempo von dannen schwirrte. Die Kontore in der Stadt hatten bereits geschlossen, ein Menschenstrom ergoß sich über Rathausmarkt und Vesterbrolevard. Die Rathausuhr hatte soeben sieben geschlagen und noch zitterten die eigentümlichen, melodiösen Liedklänge, die jeden Stundenschlag zu folgen pflegen, durch die Luft. Es war einer jener typischen Herbstabende, wie man sie nur in Skandinavien erlebt. Auf der Langen Linie war selbst das bescheidenste Plätzchen besetzt. Kopenhagen genoß seine schönste Jahreszeit.

Der elegante, graufarbene Packard zog die Bremsen an, daß der Kies knirschte, und Ministerialrat Westergaard gab dem Chauffeur den Auftrag, den Wagen in die Garage zu fahren. Mit langen, bedächtigen Schritten ging er durch den Garten seiner Villa. Eine halbe Stunde später saß er auf der Terrasse des Hauses, mit der Aussicht auf den Sund, und genoß in tiefen Zügen die frische Luft. Der Tag war heiß gewesen und die vierstündige Konferenz zwischen dem Handelsminister und den drei Departementschefs des Kriegsministeriums über die Frage der Seekriegsversicherung hätte selbst Leute matt gesetzt mit weniger starken Nerven, als Herr Westergaard sie hatte. Zum Schluß hatte man sich darauf geeinigt, am nächsten Tage die Bücher der Versicherung gemeinsam durchzugehen, um die definitiven Anteile des Staates wie der interessierten Schiffsreeder festzulegen. Ministerialrat Westergaard war vom Handelsministerium sogleich nach Hause gefahren, um zu seinem langersehnten Mittagessen zu kommen.

Westergaard war ein Mann in den Fünfzigern, schlank, von ziemlich großer Statur. Das Haar an den Schläfen leuchtete bereits etwas grau, doch wenn er die Autobrille trug und die weiß behandschuhten Hände mit spielerischer Eleganz das Steuerrad beherrschten, konnte man ihn gut für einen unternehmungslustigen Herrn von annähernd vier Jahrzehnten halten, der dem Leben noch einmal eine Reihe wertvoller Genüsse abzuringen gedachte. Westergaard stammte aus guter Familie. Sein Vater und ein Onkel waren Generäle gewesen, ein anderer Verwandter hatte eine Zeitlang als Gouverneur in Dänisch-Westindien residiert. Er selbst hatte eine angenehme, sorglose, wenn auch durch Drill etwas beeinträchtigte Jugend erlebt und nur aus dem längst entschwundenen Jünglingsalter dämmerte eine unangenehme Erinnerung herüber. Sein Bruder, ein sehr bekannter Rechtsanwalt, hatte eines Tages Hand an sich gelegt, und als man den Nachlaß des Mannes sichtete, der den Browning an die Schläfe gesetzt hatte, stellte es sich heraus, daß er jahrelang von Betrügereien gegen seine eigenen Mandanten gelebt hatte. Der Vater ließ sich daraufhin in eine Garnison in Jütland versetzen, hatte den Schlag aber nie verwinden können. Drei Jahre nach dem traurigen Ereignis brach er eines Morgens infolge Herzschlages auf der Treppe zusammen.

Westergaard war nicht verheiratet. Er führte ein geregeltes Leben, das sich von dem seiner Amtsbrüder nicht unterschied. Außer Auto und Villa leistete er sich keinen Luxus. Er kleidete sich vornehm aber einfach, verreiste selten, Gesellschaften gab er fast nie. Wenn Fräulein Helene Petersen, die einzige Tochter des steinreichen Schiffsreeders Kristian Petersen von der „Dänisch-Schwedischen Warentransport-A.-G.", von ihm behauptete, er sei ein abscheulicher Menschenfeind, so schoß dieses Urteil jedenfalls bestimmt weit übers Ziel. Westergaard war zu jedermann höflich und freundlich, von jener zurückhaltenden, unaufdringlichen Höflichkeit, wie man sie unter den Gebildeten der skandinavischen Länder oft findet. Und was das Kapitel Frauen anbelangt, so tappte die wissensdurstige weibliche Einwohnerschaft hierüber vollends im Dunkeln. Westergaard wohnte bereits seit fünfzehn Jahren in Klampenborg, dem reizenden Badeort an der dänischen Sundküste. Sein einfaches, aber geschmackvoll gebautes Haus gewährte einen ausgezeichneten Ueberblick über das Meer, bis hinüber zur Küste Schwedens.

Christian, der Diener, servierte auf der Terrasse lautlos Whisky mit Soda. Behutsam ließ er einige Stückchen Eis in das Trinkglas gleiten und drehte sich erst um, als sein Herr fragte: „Was gibt's Neues?" Der Ministerialrat spielte dabei mit dem Papiermesser und konnte sich anscheinend nicht entschließen, den Brief zu öffnen, den er seit einer Viertelstunde zwischen den Fingerspitzen hin und her drehte.

„Herr Söderstorm hat sich angemeldet."

Westergaard blickte gelangweilt über den Sund und verfolgte anscheinend den Flug einer Schwalbe. Man konnte im Ungewissen darüber sein, ob er die Antwort gehört hatte. Da klingelte es. Christian ging hinaus, öffnete, und zwei Minuten später stand ein mittelgroßer, sehr blonder junger, schlanker Herr auf der Terasse und verbeugte sich kurz. Es war Söderstorm, der Sekretär des Ministerialrats. Der junge Mann mochte vielleicht Ende der Zwanzig sein. Sein ganzes Wesen trug den Stempel jener typisch nordischen Offenheit, die keine Umwege kennt und dennoch niemals in unangebrachte Vertraulichkeit auszuarten droht. Ob der Ministerialrat der Mann war, der jemals Vertraulichkeit hätte aufkommen lassen, steht auf einem anderen Blatt.

Westergaard reichte dem jungen Mann die Hand. „Nun, geht es heute abend los?"

(Fortsetzung folgt.)

Deutsche Protestnote

zum Terror in Oberschlesien

Einberufung des Völkerbundsrats gefordert

ENB. Berlin, 27. November. (Eig. Meldung.) Das Kabinett beschäftigte sich in einer Sitzung, die bis gegen Mitternacht dauerte, mit den Vorgängen in Ostoberschlesien. Es wird wegen der Gewaltakte und wegen der Wahlentrechtungsmethoden gegenüber der deutschen Minderheit an den Völkerbund appellieren.

Die Reichsregierung hat daher beschlossen, in einer Note an den Generalsekretär des Völkerbundes die Einberufung des Völkerbundsrates zu verlangen. Außerdem wird die Reichsregierung das gesamte amtliche Material über die Vorgänge in Ostoberschlesien und die deutschen Ermittlungen dem Völkerbund zuleiten.

*

Berlin, 26. November. (Drahtmeldung.) Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages ist jetzt für nächsten Dienstag, 11 Uhr vormittags, einberufen worden, um zu den Vorgängen in Polnisch-Oberschlesien Stellung zu nehmen.

Ferner sind für Dienstag die Reichstagsfraktionen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen einberufen.

„Burgfriede"

in der Wirtschaftspartei

Berlin, 26. November. (Eig. Drahtber.) Die Leitung der Wirtschaftspartei hat am Mittwoch den Konflikt Drewitz-Colosser als beendet bezeichnen lassen. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. Die Entscheidung ist von dem Parteiausschuß vielmehr aufgeschoben worden bis zum Parteitag, der im April 1931 in Hannover stattfinden wird. Bis dahin ist eine Art Burgfriede geschlossen worden. Der Abgeordnete Colosser hat sein Amt im Parteivorstand wieder übernommen und behält auch seinen Einfluß auf das Parteiorgan.

Minister Grimme über die Frage der höheren Schule

Berlin, 27. Nov. (Eig. Meldung.) Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Grimme, antwortet in der Börsenzeitung auf einen offenen Brief des Oberstudiendirektors Dr. Pflug über die Frage, ob acht oder neun Jahre höhere Schule. In dem Schreiben heißt es: Die höhere Schule lebt nicht auf einer Insel. Auch sie muß sich, wie wir alle, auseinandersetzen mit der Krise, in die Wirtschaft und Staat heute geraten sind. Und die Frage ist einfach da und verlangt Antwort, wo auch auf dem Gebiet des höheren Schulwesens Einsparungen vorgenommen werden können, wenn Staat und Gemeinden und Wirtschaft sie auf der Ausgabenseite aller Verwaltungszweige mit unaufschiebbarer Dringlichkeit verlangen.

Glauben Sie wirklich, ich dürfte so tun, als existiere das Problem der achtjährigen höheren Schule, das in anderen Ländern doch bereits praktisch gelöst ist, bei uns nicht einmal als Problem? Ich kann so um so weniger tun, als ich den Standpunkt, daß eine leistungsfähige höhere Schule nur acht Jahre zu umfassen brauchte, schon vor Jahren, auch literarisch vertreten habe. Mag der Anstoß finanzieller Natur sein oder sonstwo herkommen — eine Verkürzung der Dauer der höheren Schule mache ich nur mit, wenn die Prüfung des gesamten Problems ergibt, daß die Einführung der achtjährigen höheren Schule sachlich tragbar, allgemein politisch durchführbar und finanzpolitisch notwendig ist.

Die große Mode

Kartenspielen „für die Armen"

Bridge ist die neue große Mode für die Gesellschaft. In Berlin wurde kürzlich „für Wohltätigkeit gebridget". Wer einen Namen in der Bridge-Kolonie Berlin hatte — so ließt man darüber — war da: der türkische Botschafter, der Gesandte von Brasilien, Prinz Reuß, Gräfin Platen, Frau v. Lettow u. a. . . . Wie rührend von den reichen Leuten, Karte zu spielen für die Armen!

Um Lohn und Arbeitszeit

Provisorische Verlängerung der Tarifbestimmungen für die Reichsbahnarbeiter

Berlin, 26. Nov. (Drahtmeldung.) Die Reichsbahnhauptverwaltung teilt mit, bekanntlich haben die Gewerkschaften die Arbeitszeitbestimmungen des Lohntarifvertrages für die Arbeiter der Reichsbahn auf den 30. November 1930 gekündigt, um eine Arbeitszeitkürzung zu erwirken.

Die Verhandlungen darüber haben zu keiner Einigung geführt. Um einen tariflosen Zustand zu vermeiden, wurde die Geltung der gekündigten Bestimmungen bis zum 15. Dezember 1930 verlängert.

Neues Lohnabkommen für die Wuppertaler Metallindustrie

Wuppertal, 25. Nov. (Drahtmeldung.) Vor dem staatlichen Schlichtungsausschuß, unter dem Vorsitz des Beigeordneten Dr. Bragard, wurde für die Metallindustrie des Wuppertales folgendes Lohnabkommen vereinbart: Im Januar 1931 bleiben die bisherigen Lohnsätze unverändert. Vom 1. Februar 1931 ab werden die Lohnsätze um 6 Prozent gesenkt.

Die Vereinbarung kann erstmalig zum 30. 6. 1931 gekündigt werden. Das alte Lohnabkommen war zum 31. Dezember 1930 gekündigt worden.

Schiedsspruch für die Rheinschiffahrt.

WTB. Köln, 26. November. (Drahtmeldung.) Die Schlichterkammer unter dem Vorsitz von Dr. Joetten als Sonderschlichter fällte in der Rheinschiffahrt einen Schiedsspruch, wonach die Löhne und Gehälter vom 29. November bzw. 1. Dezember ab um 7 Prozent, der Wochenlohn der Matrosen und Heizer um je 3 Mark gekürzt werden. Diese Regelung ist erstmalig am 1. zum letzten März 1931 kündbar.

Bergarbeiteraussperrung in Südwales und Schottland

London, 26. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Die Krise im englischen Kohlenbergbau hat sich derart zugespitzt, daß kaum noch eine Einigungsmöglichkeit besteht. Die Bergwerksbesitzer von Südwales und Schottland haben die Schließung ihrer Gruben und damit die Aussperrung der Bergarbeiter für den kommenden Montag angekündigt. Diese Maßnahme ist als

Terrorakt gegen die Bergarbeiter

und zugleich gegen die Arbeiterregierung gerichtet. Nach vielen Kämpfen und unendlichen Mühen sowohl im Unterhaus wie im Oberhaus hat die Arbeiterregierung die Inkraftsetzung des neuen Bergwerksgesetzes zum 1. Dezember ankündigen lassen. Das Gesetz sieht u. a. einen Schlichtungsausschuß für alle Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vor, den sogenannten Nationalrat. Am 1. 12. hätte dieser Rat zugleich mit dem Gesetz in Funktion zu treten. Die Grubenbarone weigern sich jedoch, die ihnen für diesen Ausschuß zustehenden Mitglieder zu ernennen, so daß die Arbeiterregierung aus eigenem Ermessen einige Bergwerksbesitzer delegieren mußte. Dem gegenüber erklären die Bergwerksbesitzer, daß sie die Entscheidungen dieses Rates nicht anerkennen würden. Außerdem widersetzen sie sich der durch das Gesetz am 1. 12. eintretenden Herabsetzung der Arbeitszeit von 8 auf 7½ Stunden. Da aber die Grubenbarone gegen ein von beiden Parlamenten beschlossenes Gesetz machtlos sind, haben sie als Antwort auf die Verringerung der Arbeitszeit eine

große Lohnkürzung

angekündigt. Dem widersetzen sich die Bergarbeiter und ihre Gewerkschaften, die unter keinen Umständen in eine Lohnreduzierung einwilligen werden, wollen und können. Die Antwort ist die jetzt bekannt gegebene Aussperrung von rund 30 000 Bergarbeitern. In Nordwales sind noch Verhandlungen im Gange. Es muß jedoch mit der Aussperrung auch in diesem Distrikt gerechnet werden.

Eine deutliche Warnung

Gegen jede Organisationszersplitterung — Auflösung der jungsozialistischen Vereinigung in Groß-Berlin

Der Bezirksvorstand und die Kreisleiterkonferenz der Sozialdemokratischen Partei Groß-Berlins haben am Montag die Auflösung der „Jungsozialistischen Vereinigung" im Bezirk Berlin beschlossen. In der Begründung des Beschlusses, der durch den Verlauf der Freitagveranstaltung der Berliner Sozialdemokratie am Kaiserdamm notwendig geworden war, heißt es: „Entgegen allen Erklärungen und Beschlüssen des Bezirksvorstandes und der Vorständekonferenz vom 17. Oktober haben Genossen in leitenden Stellungen der „Jungsozialistischen Vereinigung" die Aufstellung eines „Jungproletarischen Ordnerdienstes" nicht nur gebilligt, sondern aktiv unterstützt. Von Breslau und anderen Städten ausgehend wurden über das ganze Reich die Aktionen für eine selbständige proletarische Wehrorganisation eingeleitet. Die „Jungsozialistische Vereinigung" will sich ganz bewußt zu einer Partei in der Partei auswirken.

Der Bezirksverband Berlin hatte schon im Jahre 1925 einen Antrag auf Auflösung der „Jungsozialistischen Vereinigung" an den Reichsparteitag in Heidelberg gestellt. Dieselben Gründe, die vor fünf Jahren für die Auflösung sprachen, bestimmen auch heute den Bezirksvorstand, unter Berücksichtigung der jüngsten Vorkommnisse, im Interesse der Partei die Auflösung der „Jungsozialistischen Vereinigung" zu beschließen.

Der Bezirksvorstand und die Kreisleiter wenden sich mit der Auflösung der Jungsozialistischen Gruppe keineswegs gegen die treu zur Partei stehenden jüngeren Genossinnen und Genossen. Sie fordert diese auf, sich in den Abteilungen des Bezirksverbandes im Interesse der Partei und der Arbeiterbewegung zu betätigen.

Der Bezirksverband und die Kreisleiter erklären, daß sie rücksichtslos gegen jedes Parteimitglied einschreiten, das den Jungproletarischen Ordnerdienst, der vom Bezirksvorstand und von den Abteilungsleitern und Kreisvorstandskonferenz nicht anerkannt ist, fördert, unterstützt oder ihm weiter angehört.

Nach mehreren Meldungen ist es am Sonntag in einer gewaltigen antifaschistischen Kundgebung der Sozialdemokratie in Berlin zu Reibereien und Tätlichkeiten zwischen dem „Reichsbanner" und dem eigenmächtig auftretenden „Jungproletarischen Ordnungsdienst" gekommen. Der Parteiführer Otto Wels zog darauf an der Spitze des „Reichsbanners" in den Saal ein, um zu zeigen, daß die Partei in ihrer Haltung gegenüber dem überparteilichen „Reichsbanner" fest ist.

Der Berliner Beschluß ist eine deutliche Warnung an alle, die glauben, mit besonderen politischen Organisationen in der Partei spielen zu können. In unserer Millionenpartei muß weitgehende Freiheit in den Anschauungen und in den Diskussionen herrschen, aber die Einheit der Organisation und des Kampfes darf nicht durch Sondergruppen gestört werden. Die Richtlinien unserer Politik können nur durch die Führung bestimmt werden, die nach unseren Satzungen dazu berufen ist.

Die Verbindlichkeitserklärung für die Schiedssprüche im oberschlesischen Bergbau abgelehnt.

WTB. Gleiwitz, 26. November. (Drahtmeldung.) Der Reichsarbeitsminister hat durch Erlaß vom 25. November die Verbindlichkeitserklärung der Schiedssprüche vom 2. Oktober betreffend die Lohnstreitigkeiten im oberschlesischen Steinkohlen- und Erzbergbau abgelehnt, nachdem der Arbeitgeberverband sich bereit erklärt hat, die bisherigen Löhne bis zum 31. Dezember 1930 weiterzuzahlen.

Die Lohnverhandlungen in der Thüringer Metallindustrie gescheitert.

WTB. Erfurt, 26. November. (Drahtmeldung.) Die gestern geführten Verhandlungen über den Tarif in der thüringer Metallindustrie sind gescheitert. Die Arbeitgeber forderten einen Abbau des Tariflohns und des Akkordverdienstes um 15 Prozent, während die Arbeitnehmer auf ihrem Verlangen nach einer Lohnerhöhung um 5 Pfennig für die Stunde beharrten. Beide Tarifparteien werden den Schlichter anrufen. Neue Verhandlungen sind auf den 2. Dezember angesetzt.

Weitere Haftentlassungen

in Polen?

Warschau, 26. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Die Abgeordneten und Senatoren der Regierungspartei wählten am Mittwoch den Obersten Slawek, den früheren Ministerpräsidenten und einen der regsten Mitarbeiter Pilsudskis, zum Fraktionsvorsitzenden. Slawek soll nach dem beabsichtigten Rücktritt Pilsudskis, der auf längere Zeit Urlaub nehmen will, wieder die Ministerpräsidentschaft übernehmen. Es wurde ferner beschlossen, den früheren Ministerpräsidenten Switalski, den stärksten Gegner einer demokratischen Parlamentsreform, zum Sejm-Marschall zu wählen. Die erste Sejmsitzung wird voraussichtlich am 9. Dezember stattfinden. Am Mittwoch ist noch ein bisher in Haft gehaltener Abgeordneter gegen eine hohe Kaution auf freien Fuß gesetzt worden. Die bis jetzt aus dem Gefängnis entlassenen drei Abgeordneten, darunter 2 Sozialisten, sind schwer krank. Der Sozialist Dr. Liebermann, der noch in Haft gehalten wird, liegt an einem Nierenleiden darnieder, so daß die schlimmsten Befürchtungen bestehen. Schwer krank ist auch der Abgeordnete Korfanty. Ueberhaupt dürfte niemand von den Häftlingen noch bei voller Gesundheit sein. Aus diesem Grunde werden weitere Haftentlassungen erwartet.

Kein Moratoriumsantrag

Berlin, 26. November. (Eig. Meldung.) Die Meldung des Londoner Korrespondenten der Neuyorker Times, daß Deutschland beabsichtige, Anfang des nächsten Jahres ein Moratorium nachzusuchen und daß Reichsaußenminister Dr. Curtius diese Absicht den Botschaftern der Reparationsgläubigermächte mitteilen solle, entbehrt, wie wir von zuständiger Seite hören, jeder Grundlage.

Die Kämpfe in Oesterreich

Die Sozialdemokratie fordert den Zusammenschluß der demokratischen Kräfte

Wien, 26. Nov. (Eig. Drahtber.) Die sozialdemokratische Fraktion des Nationalrates wählte am Mittwoch den Wiener Oberbürgermeister Seitz zu ihrem ersten und den Abgeordneten Danneberg zu ihrem zweiten Vorsitzenden. Seitz erstattete dann einen eingehenden Bericht über die politische Lage, dem eine längere Diskussion folgte.

Die Fraktion beschloß für den Fall, daß die Regierung Vaugoin nicht vor dem Zusammentritt des Nationalrates zurücktreten sollte, deren Sturz durch Einbringung eines Mißtrauensvotums anzustreben.

Die sozialdemokratische Fraktion ist bereit, mit einer Regierung zusammenzuarbeiten, die alle demokratischen Kräfte des Landes zum Schutze der Verfassung und zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit zusammenfaßt, aber ebenso entschlossen gegen jede Regierung den schärfsten Kampf zu führen, deren Zusammensetzung oder Kurs den klaren Entscheidungen des 9. November zuwiderläuft. Die Fraktion beschloß ferner, in der ersten Sitzung des Nationalrates eine Reihe von Anträgen einzubringen, darunter den Gesetzentwurf über die Inkraftsetzung der Alters- und Invalidenversicherung und über die finanzielle Sicherung der Arbeitslosenversicherung. Als Präsident des Rates wird die Sozialdemokratie den bisherigen zweiten Präsidenten Eldersch in Vorschlag bringen. Als stärkste Fraktion hat sie einen Anspruch auf die Präsidentschaft des Nationalrates.

Standrecht über ganz Cuba

Havanna, 26. November. (Drahtmeldung.) Die Abgeordnetenkammer bestätigte die Entschließung des Senates, die den Präsidenten Machado zu einer Erweiterung des etwas abgeänderten Standrechtes auf ganz Cuba ermächtigt.

Dülberg fährt mit Buschenhagen

im 48. Neuyorker Sechstagerennen.

WTB. Neuyork, 26. November. (Drahtmeldung.) Sonntag um Mitternacht wird nach amerikanischer Zeit der Startschuß zum 48. Neuyorker Sechstagerennen fallen. Die Besetzung des diesjährigen Rennens ist ausgezeichnet, sind doch unter den 15 Paaren die stärksten Mannschaften der alten und der neuen Welt vertreten. Die deutschen Farben sind durch Dülberg-Dortmund und Buschenhagen-Berlin vertreten, die erfreulicherweise übereingekommen sind, das lange Rennen gemeinsam zu bestreiten. Das einzige deutsche Paar hat unbedingt gute Erfolgsaussichten und sollte sich selbst gegen so starke Mannschaften wie die Sieger von Chicago, Letourneur-Guimbretiere, Linari-Binda, Hill-Horan usw. durchsetzen können. Der Schweizer Richli, der bisher mit Buschenhagen gepaart war, hat in dem Italiener Belloni einen neuen „Freund" gefunden.

Kinderaugen bitten:

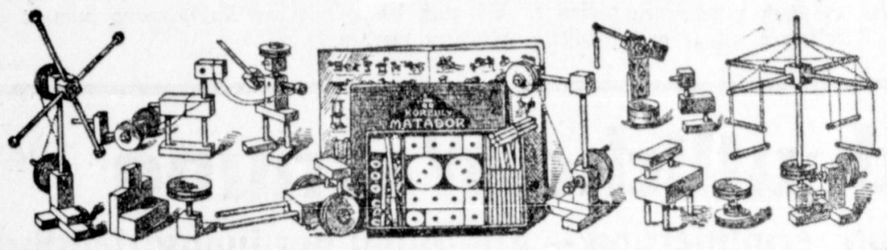


Schenk mir zu Weihnachten Matador!

Matador-Baukasten sind die besten Beschäftigungsspiele für Kinder von 5 Jahren an aufwärts!

Hunderte von verschiedensten und interessanten Modellen lassen sich aus „Matador" bauen!

Die Beschäftigung mit Matador fördert die Ueberlegung und schärft das Denken, übt also auf die geistige Entwicklung des Kindes einen sehr wertvollen Einfluß aus.



Matador sollte deshalb auf keinem Weihnachtstische fehlen!

Matador-Baukasten sind in folgenden Größen vorrätig:

Matador Nr. 0	Preis	2.90 Mk.	Matador Nr. 4	Preis	18.— Mk.
Matador Nr. 1	Preis	5.— Mk.	Matador Nr. 5	Preis	26.50 Mk.
Matador Nr. 2	Preis	8.— Mk.	Matador Physikkaten		40.— Mk.
Matador Nr. 3	Preis	12.— Mk.	(für physik. Experimente)		

Für unsere Abonnenten gewähren wir folgende Zahlungserleichterungen:

Größe 0 und 1 werden gegen bar geliefert.
Größe 2 kann in 2 Raten bezahlt werden.
Größe 3 kann in 4 Raten bezahlt werden.
Größe 4 und 5 in 5 Raten bezahlt werden.
Der Physikkasten kann in 8 Raten beglichen werden.

Die Raten werden alle 14 Tage durch Zeitungsboten kassiert.
Ein Preisaufschlag erfolgt nicht.
Wir legen auf Wunsch bis vor Weihnachten zurück.

Wir bitten um sofortige Bestellung auf anhängendem Bestellschein.

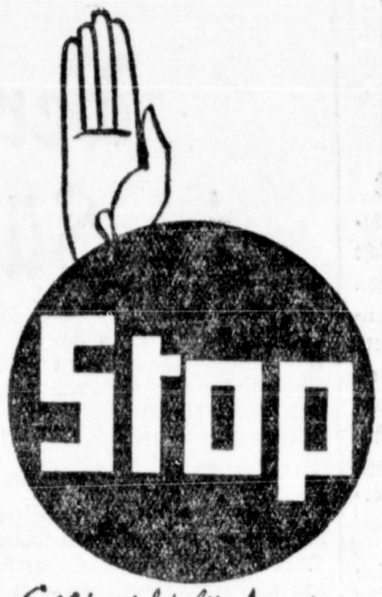
Volksbuchhandlung, Gelsenkirchen, Ringstr. 33

Bestellung:

Ich bestelle hiermit 1 Matador-Kasten Nr. . . zum Preise von . . . . Mk. gegen bar — gegen Raten. — Die Raten sollen durch Zeitungsboten kassiert werden. Der Kasten soll zum . . Dezember geliefert werden.

Name ..... Beruf .....

Adresse .....



Gilt nicht für Anzeigen. Die bringen Geld!

Abgeschlossene

Dreizimmerwohnungen

mit kompl. eingerichtetem Badezimmer

per sofort zu vermieten.

Auskunft erteilt:

Gemeinnütziger Bauverein A.-G., Essen

Zweigstelle Gelsenkirchen-Buer, (Siedlung Löchter) Hechelstr. 14.

Freibank.

Freitag. v. 8-10 Uhr **Nr. 126—375,**
von 10-12 Uhr **Nr. 376—626**

Freibank
im fr. Schlachthofgebäude Buer
Freitag. v. 9-10½ Uhr **Nr. 2001—2250**
von 10½—11½ Uhr **Nr. 2251—2310**
u. **Nr. 1500-1690**
Schlachthofverwaltung.

Wörishofener Gicht- und Rheuma-Tee
allein echt
Wörishofener Kräuterhaus
Hochstr. 24
Ecke Neustraße

Wenn Sie bedenken

daß wir ca. 30 bis 40000 Pfd. Bettfedern u. Daunen, ca. 15000-20000 m Inletts ständig auf Lager haben, - daß wir über 400000 Kunden in mehr als 10000 Orten Deutschlands beliefern,

dann **kaufen Sie Bettfedern u. Inletts nur noch bei**

BETTFEDERNFABRIK
GEBR. **PASSMANN** A.-G.
GRÖSSTES SPEZIALHAUS DEUTSCHLANDS
FÜR OBER-U.UNTERBETTEN, KISSEN, PLUMEAUX
GEGR. 1884
ESSEN VIEHOFERSTR. 58 — GELSENKIRCHEN KREUZSTR. 14
ENGROSHAUS F. WIEDERVERKÄUFER **ESSEN** KÖNIGSTR. 57.

Plakate, Briefbogen
Briefumschläge
Geschäftskarten
Besuchskarten

DRUCK SACHEN
BUCHDRUCKEREI
VOLKS WILLE

Sammelnummer 258 41 Ringstr. 33

Inserieren bringt Gewinn



in großer Auswahl stets vorrätig bei
Bäumer & Cie., Gelsenkirchen.
Reparaturen an Uhren und Goldwaren werden gut und billig ausgeführt.

Wiederverkäufer und Hausierer

finden bei billigen Preisen reichhaltiges Lager in

Kurz-, Woll- und Manufakturwaren

Gelsenkirchen Vohwinkelstr. 18

SPD

GELSENKIRCHEN-BUER

SPD., Gelsenkirchen.

Die Karten für die Sylvero-Vorstellung sind sofort abzurechnen.

Ortsgruppe Neustadt.

Samstag, den 29. November 1930, 20 Uhr, im Lokale Repp: Parteifeier. — In ihrem Mittelpunkte steht die Ehrung von zwei Parteijubilaren (Wilhelm Kolb 25 und Fritz Tiedemann 36 Jahre Parteimitglieder). Die Festrede wird Genosse Sieglar halten. — Im geselligen Teil wird Karl Kitschenberg, der bekannte Sänger, mit ernsten und heiteren Lautenliedern erfreuen; auch für ein gutes Orchester ist gesorgt. Ehrt die Jubilare durch guten Besuch!

SAJ **JUGEND-VERANSTALTUNGEN**

SAJ., Gelsenkirchen.

Achtung, Volkstanzkursus!

Die Teilnehmerkarten müssen heute (Donnerstag) abend beim Spielleiter abgegeben werden. Wir nehmen eine Umstellung vor. Näheres morgen oder übermorgen an dieser Stelle.

SAJ., Gelsenkirchen.

Jüngerengruppe.

Heute (Donnerstag) abend ist unsere Zausestunde. Wir beginnen pünktlich um 20 Uhr. Bringt eure Mitgliedsbücher zur Kontrolle mit und seid pünktlich zur Stelle.

Am Samstag erscheint an dieser Stelle das Monatsprogramm.

Achtung! Für den Spielausschuß!

Wir kommen heute (Donnerstag) pünktlich um 19.45 Uhr im Jugendheim zu einer kurzen Besprechung über das Programm für den Heiteren Abend zusammen.

Der Kulturausschuß kommt heute (Donnerstag) pünktlich um 19 Uhr zu einer wichtigen Besprechung zusammen.

KINDERFREUNDE

Kinderfreunde, Gelsenkirchen-Buer

Helferkreis!

Unsere Helfersitzung ist nicht, wie vorher bekanntgegeben, am Freitag, sondern heute, (Donnerstag) um 20 Uhr, im August-Bebel-Haus. Wir erwarten das vollzählige Erscheinen aller Helfer.

Gruppe Ueckendorf.

Rote Falken. Wir kommen am Samstag um 16 Uhr in der Almaschule zusammen.

Musikanten!

Heute (Donnerstag), um 17 Uhr, kommen alle Musikanten im Metallarbeiterheim zur Probe zusammen.

Gruppe Mitte.

Rote Falken. — Wir kommen am Freitagnachmittag, um 4 Uhr, nicht um 5 Uhr, im August-Bebel-Haus zusammen. Turnzeug mitbringen! Seid pünktlich!

REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD

Ortsgruppe Buer.

Die Kameraden beteiligen sich an der Otto-Braun-Kundgebung, die am Freitag, dem 28. dieses Monats, abends um 8 Uhr, in Essen in der Ausstellungshalle veranstaltet wird. Sämtliche dienstfreie Kameraden müssen zur Stelle sein, um den Ministerpräsidenten von Preußen, den Kameraden Otto Braun, zu hören und ihm durch Massenerscheinen eine wuchtige Begrüßung zuteil werden zu lassen. Der Fahrpreis (Lastauto) beträgt für Hin- und Rückfahrt 30 Pfennig. Sonstige Unkosten entstehen nicht.

Abfahrt: Freitag abend um 6 Uhr vom Lokale Grünewald, um 6.30 Uhr vom Volkshaus Buer.

Die Kameraden haben so zeitig anzutreten, daß an den Treffpunkten die Abfahrtzeiten eingehalten werden können.

Die Musikabteilungen nehmen keine Instrumente mit.

Der technische Leiter.

Kameradschaft Hassel.

Am Freitag, dem 28. November 1930, sammeln sich alle dienstfreien Kameraden, Parteigenossen und Republikaner um 6 Uhr abends an der Wirtschaft Grotthof zur Otto-Braun-Kundgebung in Essen. Jeder Parteigenosse und Republikaner muß unseren Führer Otto Braun sprechen hören. Fahrpreis hin und zurück 30 Pfennig.

Ortsgruppe Horst.

Die Ortsgruppe Horst beteiligt sich geschlossen an der Kundgebung in Essen. Antreten am 28. d. M., abends 6.30 Uhr. Wir fahren per Auto. Fahrtkosten 50 Pfennig. Erwerbslose 30 Pfennig. Antreten am Vereinslokal Kröschel.

Gewerkschaftliches

Achtung! Bezirksversammlungen des DMV.!

Bismarck: Freitag, den 28. November 1930, abends 7 Uhr, im Lokale Tendick, Bismarckstraße. Außer dem Bericht über die letzte Delegiertenversammlung wird ein interessanter Lichtbildervortrag gegeben, weshalb die Kollegen aufgefordert werden, ihre Frauen mitzubringen.

Altstadt: Samstag, den 29. November 1930, abends um 7.30 Uhr, im Metallarbeiterheim, Augustastraße 18. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Bericht über die letzte Delegiertenversammlung.

Schalke: Samstag, den 29. November 1930, abends 7 Uhr, im Lokale Heining, Gewerkenstraße. Bericht über die letzte Delegiertenkonferenz.

Alle in Frage kommenden Kollegen müssen unbedingt erscheinen!

Die Verbandsleitung.

Aus der Arbeitersängerbewegung

Volkschor Gelsenkirchen!

Freitag findet in der Aula, Hochstraße, eine gemeinsame Probe statt, und zwar für die Frauen um 19.30 Uhr; für die Männer um 21 Uhr. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Alfred Zingler; für den Anzeigenteil: Karl Chemnitz beide in Gelsenkirchen. — Druck und Verlag: „Volkswille", Ludwig Leypoldt, GmbH., Gelsenkirchen. — Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn dies ausdrücklich verlangt und zu diesem Zwecke Rückporto beigefügt wird.